

Kapitalismus am Limit - oder schon überschritten?

Versuch einer konzentrierten Zusammenfassung und Besprechung des Buches „Kapitalismus am Limit“ von Ulrich Brand / Markus Wissen, 2024, oekom verlag, unter Hinweis auf inhaltlich ähnliche aber auch partiell gegensätzliche Positionen

A) Allgemeiner Vorspann

„Ohne die ausgebeuteten Arbeitskräfte und die geplünderten Rohstoffe des globalen Südens wäre unser Leben im Wohlstand unmöglich. (...) Mit dem Begriff „globaler Süden“ bezeichnet man ein Gebiet, das von der Globalisierung geschädigt wird, sowie dessen Einwohner. Früher sprach man auch vom „Nord-Süd-Konflikt“. Doch mit dem Aufkommen der Schwellenländer und der verstärkten Einwanderung in Industrieländer muss man das Nord-Süd-Gefälle nicht mehr zwangsläufig an geografischen Gesichtspunkten festmachen. Auch unter den Industrienationen gibt es Gebiete, die von Armut und Diskriminierung betroffen sind, und ebenso gibt es in den Entwicklungsländern wohlhabende Gesellschaftsschichten, deren Lebensstil dem der Industrieländer in nichts nachsteht. Deshalb ziehe ich es vor, den Ausdruck „globaler Süden“ zu verwenden.“ (Kohei Saito, „Systemsturz - Der Sieg der Natur über den Kapitalismus“, dtv, 2. Auflage 2023, S. 22 und 20)

B) Hinführung

„Die deutschen Soziologen Ulrich Brand und Markus Wissen bezeichnen den auf Ausbeutung von Rohstoffen und Energie des globalen Südens beruhenden modernen Lebensstil der Industrieländer als „imperiale Lebensweise“. Sie meinen damit die Massenproduktions- und Massenkonsumgesellschaft des globalen Nordens, die uns ein Leben im Wohlstand ermöglicht. Hinter den Kulissen dieser gesellschaftlichen Ordnung steht jedoch eine Struktur, die den globalen Süden ausbeutet und seine gesellschaftlichen Gruppen sowie geografischen Gebiete den Preis für unseren Wohlstand zahlen lässt. Ohne die Auslagerung der Ausbeutung in den globalen Süden könnte man keine imperiale Lebensweise pflegen. Sich verschlechternde Lebensbedingungen im globalen Süden sind eine Grundvoraussetzung des Kapitalismus, und das Verhältnis von Dominanz und Unterordnung zwischen Nord und Süd ist keine Ausnahme, sondern kapitalistischer Normalbetrieb. (...)

Und dennoch haben wir die jetzige Lebensweise als etwas überaus Attraktives akzeptiert, von dem wir uns nicht mehr trennen können. Wenn uns der globale Süden am Herzen liegt, müssen wir unseren Lebensstandard senken. Da wir uns also zu Komplizen der imperialen Lebensweise gemacht haben, wird unser Leben letztlich beschwerlicher.“ (Kohei Saito, 2. Auflage 2023, S.22)

An diesem 'vereinnahmenden' „Wir“ von Brand/Wissen (Brand/Wissen, 2017, oekom verlag, „Imperiale Lebensweise - Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“) wurde insbesondere Kritik geäußert von Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, in Sozialismus.de, Heft 6-2018, S. 10 ff. und Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, S. 65 ff.

Klaus Dörre würdigte einerseits die Pionierarbeit von Brand/Wissen. Andererseits galt seine Hauptkritik einem vereinnahmenden „Wir“, „das allen Differenzierungen zum Trotz Milliarden und Menschen im Leistungsbezug der Grundsicherung („Hartz IV“) gleichermaßen Verantwortung bei der Ausbeutung des globalen Südens zuweist.“ (Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, S. 65)

Der 'Schlüsselsatz' für Dörre zur Kernthese von Brand/Wissen innerhalb des Begriffs der imperialen Lebensweise ist: „Im reichen Norden wird sie auch von den Subalternen verteidigt (...).“ (Sozialismus.de, Heft 6-2018, S. 11)
(Anmerkung des Verfassers: Subalterne = untergeordnete, niedrige Stellung Einnehmende, Untergebene)

Eine weitere Kritik von Dörre mündet in der Behauptung/dem Vorwurf: „sind Brand/Wissen trotz anders gelagerter Ansprüche doch allzusehr auf Warenzirkulation und Konsum fixiert. Soweit sie sich auf den Produktionssektor beziehen, bleiben ihre Argumente blass. (...) Weil das so ist, entsteht - sicher unabsichtlich - immer wieder der Eindruck, als sei die imperiale Lebensweise Konsum ohne Produktion.“ (Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, S. 68) Dörre ist davon überzeugt: „Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, lassen sich über das Konsumentenverhalten kaum oder gar nicht beeinflussen. (...) ... in den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden.“ (Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, S. 67/68)

Am Ende seiner Kritik bemüht sich Dörre unter Bezugnahme auf Wissen/Brand (2018): „Working class environmentalism und sozial-ökologische Transformation“, in: WSI-Mitteilungen (im Erscheinen),

(https://www.wsi.de/data/wsimit_2019_01_wissen.pdf)

um einen argumentativen „Brückenschlag“ zu Brand/Wissen. Dörre: „Gesellschaft und politisches System leiden an einem Mangel an demokratischer Polarisierung. Um dergleichen zu erreichen, ist, das zeigen Brand/Wissen eindrucksvoll, eine Debatte um solidarische Lebensweisen sinnvoll und notwendig. Zur Herausforderung für die kapitalistischen Eliten wird sie aber nur, wenn sie eine entscheidende Erweiterung erfährt - als Diskussion um die Verwirklichung einer neo- oder ökosozialistischen Option.“ (Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, S. 71)

Ist die partielle Kritik von Klaus Dörre berechtigt?

Sowohl die Argumentationslinien von Brand/Wissen als auch von Dörre sind unzweifelhaft plausibel und auch inhaltlich richtig. Und genau das macht es so schwer zu einer objektiv zutreffenden Bewertung zu kommen. Die partielle Kritik von Dörre erklärt sich für mich letztlich daraus, dass Dörre gegenüber Brand / Wissen andere inhaltliche Schwerpunkte - andere inhaltliche Akzente setzt. Das muss nach meiner Einschätzung des von ihnen bearbeiteten Themenkomplexes aber im Ziel nicht zu schwerwiegenden Gegensätzen führen. Ich wertschätze ausdrücklich beide Bearbeitungen.

C) Kommen wir von der **H i n f ü h r u n g** zum Versuch der konkreten Besprechung von „Kapitalismus am Limit“.

Obwohl das 'Kernthema' Imperiale Lebensweise weiter Gegenstand von „Kapitalismus am Limit“ bleibt, ist Kapitalismus am Limit nicht einfach der Folgeband (Band II) von „Imperiale Lebensweise“ (von 2017).

Nach dem eigenen Anspruch von Brand/Wissen ist „Kapitalismus am Limit“ ein Projekt dahingehend, „ob wir es uns in dieser sich rasch verändernden und unübersichtlichen Welt zutrauen können, das große Ganze zu denken (...)“. (Aus dem Vorwort, Seite 9) Bei dem Denken des großen Ganzen wird es gehen um die Maximen: Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven.

Die Autoren verstehen „Kapitalismus am Limit“ „als Analyse und Kritik im Handgemenge. Wir untersuchen die Grenzen von Kapitalismus und liberaler Demokratie, sind uns dabei aber der notwendigen Grenzen unserer eigenen Überlegungen bewusst.“ (S. 29)

Zwei Geleitworte verdienen besondere Erwähnung:

„Kapitalismus am Limit von Ulrich Brand und Markus Wissen ist ein brilliant geschriebenes, von großem empirischen und konzeptuellen Wissen genährtes Zeitdokument. Der Kapitalismus wird in naher Zukunft enden. Hoffentlich, bevor er den Planeten und die menschliche Gesellschaft zerstört hat. Wie eine postkapitalistische Produktionsweise beschaffen sein wird, hängt weitgehend von der solidarischen Überwindung der imperialen Lebensweise ab. Die Kämpfe, die uns dazu bevorstehen, analysiert dieses höchst eindrückliche Buch.“

Jean Ziegler

(Jean Ziegler ist Soziologe, Politiker, Sachbuchautor. Von 2000 - 2008 war er UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.)

„Der Systemsturz des Kapitalismus findet nicht automatisch und egalitär statt. Das bedeutsame Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen beleuchtet die

Bedingungen für die solidarische Überwindung der imperialen Lebensweise im globalen Norden und für den Kampf gegen Krieg und Faschismus. Es ist ein Muss für alle, die an einer emanzipatorischen Zukunft mitarbeiten wollen.“

Kohei Saito

(Kohei Saito ist Associate Professor für Philosophie an der Universität von Tokio, Mitherausgeber der Marx-Engels-Gesamtausgabe und wurde 2018 mit dem Isaac-Deutscher-Preis ausgezeichnet.)

D) Im Einzelnen zu „K a p i t a l i s m u s a m L i m i t“:

I. K a p i t a l i s m u s u n d K l i m a k r i s e

Die Autoren Ulrich Brand und Markus Wissen stellen zunächst ihre These vor: „Unsere These ist, dass die kapitalistische Produktionsweise und die mit ihr verbundene imperiale Lebensweise die entscheidende Ursache dafür sind, dass die Menschheit die planetaren Grenzen überschreitet und sich in einen potenziell katastrophischen Bereich manövriert. Dies führt zu vielfältigen Konflikten, die die Krise potenziell noch verschärfen, in denen aber auch solidarische Alternativen aufscheinen. Zu deren Stärkung beizutragen, ist unser zentrales Anliegen.“

Zu dieser These formulieren Brand/Wissen eine persönliche Kapitalismusdefinition bzw. Kapitalismus(folgen)beschreibung: „Der Kapitalismus ist aufgrund der ihm innewohnenden Konkurrenz-, Wachstums- und Profitlogik strukturell blind gegenüber seinen eigenen sozialen und ökologischen Voraussetzungen. Der Zwang, wachsen und in einem Konkurrenzumfeld profitabel sein zu müssen, führt kapitalistische Unternehmen auf Kollisionskurs mit den reproduktiven Notwendigkeiten der menschlichen und nicht-menschlichen Natur. Für unzählige Menschen und nicht-menschliche Lebewesen bedeutete dies auch in der Vergangenheit schon enormes Leid oder gar Tod. Soziale und ökologische Standards im Sinne von Grenzziehungen mussten und müssen der Kapitaleseite und dem Staat in harten Kämpfen immer wieder abgetrotzt werden.“

In den geographischen Räumen und den sozialen Klassen hingegen, in denen sich die kapitalistischen Reichtümer konzentrieren, wird die sozial-ökologische Destruktivität der Produktion und des Warenkonsums kaum als solche empfunden, sondern in der Öffentlichkeit sowie in den Alltagspraktiken und -wahrnehmungen zum Verschwinden gebracht. Es wird verdrängt, dass wir die Erde und unsere Mitmenschen zerstören.“ (S. 18, 19)

Diese Zerstörungsrealität zeigt sich ohnehin in der folgenden Feststellung der Autoren: „Die Krise wird dadurch verschärft, dass der Bedarf an Rohstoffen und Energie für die globale kapitalistische Produktions- und Wachstumsmaschinerie immer noch zunimmt, nicht zuletzt durch die Digitalisierung und partielle Dekar-

bonisierung, die sogenannte twin transition. Die Folgen dieser Entwicklung sind immens: Die „billige Natur“ (...) in Form von Rohstoffen, Energie oder CO₂-Senken, auf die der Kapitalismus angewiesen ist, wird teurer und ist zunehmend umkämpft. Zudem lassen sich die Kosten der bereits entstandenen und künftig zu erwartenden Schäden aus Katastrophenereignissen wie der Überflutung im Ahrtal oder den Waldbränden in Griechenland kaum quantifizieren. Im selben Maße, wie der Kapitalismus die Menschheit in das ungewisse Terrain jenseits der planetaren Grenzen befördert, sieht er sich also mit immer höheren selbst verursachten Kosten konfrontiert und untergräbt seine eigenen Existenzbedingungen.“ (S. 20, 21)

Schon am Anfang von „Kapitalismus am Limit“ reißen Brand/Wissen die Themen 'Klassenfragen' sowie 'dekoloniale und (öko-)feministische Bewegungen' an: „Der in der Arbeiter*innenbewegung und von Seiten der Gewerkschaften erhobene Forderung nach einer just transition, einem gerechten Strukturwandel, wohnt die Verbindung von ökologischer und Klassenfrage schon terminologisch inne. Allerdings wird sie in sehr unterschiedlicher Radikalität thematisiert: einerseits in eher dialogorientierten Ansätzen, die das Problem vorrangig in den Beschäftigungswirkungen des Übergangs sehen - also im drohenden oder bereits stattfindenden Abbau von Arbeitsplätzen im Bergbau, in der Autoindustrie oder anderen Problembereichen; andererseits in radikalen Positionen, die aus einer internationalistischen Perspektive die Ungerechtigkeit des Status quo beim Namen nennen und sich für einen grundlegenden Strukturwandel und für eine gebrauchswertorientierte Reorganisation der Ökonomie einsetzen. (...)“

Das ist auch die Stoßrichtung von dekolonialen und (öko-)feministischen Bewegungen, die die Klimakrise als Teil neokolonialer Nord-Süd-Beziehungen und einer umfassenden Krise der sozialen Reproduktion begreifen. Neben dem Kampf gegen patriarchale Gewalt sowie für eine Aufwertung von Sorgearbeit und sozialen Infrastrukturen geht es dabei zunehmend auch um die Frage, wer für die Kosten der Klimafolgenanpassung aufzukommen hat, wie diese so gestaltet werden kann, dass soziale und globale Ungleichheiten abgebaut werden, und welche Reparationen von Seiten des globalen Nordens als Ausgleich für die Schäden zu zahlen sind, die die Klimakrise im globalen Süden bereits verursacht hat. (...)“ (S. 25)

Am inhaltlichen Ende des 1. Kapitels von „Kapitalismus am Limit“ begeben sich die Autoren auf eine konkrete Gedankenreise, welche in der nachfolgenden Feststellung ihren positiven Ausdruck findet: „Ausgehend von einer Vielzahl von Kämpfen um eine sozial-ökologische Alternative zum Bestehenden wird die reale Utopie einer Welt entwickelt und in Ansätzen praktiziert, die die absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung mit einem Zuwachs an Gleichheit und Demokratie verknüpft.“ (S. 26)

II. Erschreckende und empörende Normalität

Brand/Wissen schlagen im 2. Kapitel eine Brücke zu ihrem Buch „Imperiale Lebensweise“ von 2017. Zunächst befassen sie sich kritisch mit der jüngst ausgerufenen „Zeitenwende“ und deren Vorstellungen von gesellschaftlicher Normalität. (Vgl. S. 27) Mit dem Hinweis auf kriegerische Gewalt in vielen Teilen der Welt (z.B. Ukraine, Naher Osten) führen die Autoren unter der Überschrift 'Zeitenwende - welche Zeitenwende?' aus: „Dass es sich hierbei nicht um temporäre Phänomene handelt, deutet sich in der „Zeitenwende“ an, die seit der einschlägigen Rede des deutschen Bundeskanzlers unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskrieges beschworen wird.

Zwar ließe sich diese Rhetorik leicht und ideologiekritisch als Rechtfertigung eines beispiellosen Aufrüstungsprogramms enttarnen: In einem Land mit dem siebtgrößten Rüstungsetat weltweit wird ein 100 Milliarden Euro starkes Sonderprogramm aufgelegt, nicht etwa um der existentiellen ökologischen Bedrohung zu begegnen, sondern um die Armee schlagkräftiger zu machen. Künftig sollen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgegeben werden. Aber zum einen sind Ideologien nicht einfach nur Schleier, die sich über die Wirklichkeit legen und von ihr getrennt existieren. Vielmehr sind sie Wahrnehmungsformen der Wirklichkeit, die das Handeln von Akteuren anleiten und insofern selbst Wirklichkeit schaffen. Zum anderen ist die Rede von der Zeitenwende ein Symptom der tiefen Verunsicherung (nicht nur) der politischen Eliten angesichts eines epochalen Umbruchs, der nicht erst mit dem russischen Angriffskrieg begann und dessen konkreter Verlauf und Ausgang im Ungewissen liegen. (...) (S. 32) Flucht- und Migrationsbewegungen stellen das europäische Grenzregime in Frage, mit diesem geraten die dominanten Vorstellungen von „Ordnung“, „Sicherheit“ und „Stabilität“ ins Wanken, und das unermessliche Leid der Geflüchteten an den Außengrenzen der EU lässt sich kaum mehr verdrängen. (...)

Der globale Norden befindet sich also in einer epochalen und irreversiblen „Denormalisierung“ (...), die mit der großen Wirtschaftskrise Ende der Nuller-Jahre einsetzte und in der sich die bis dahin meist latenten und im Sinne der Herrschenden einigermaßen bearbeitbaren Widersprüche sichtbar in den Alltagsverhältnissen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen manifestieren.

Mit den vielfältigen und sich häufenden Krisen verschwinden die Normalitätsvorstellungen gleichwohl nicht. Im Gegenteil: Je mehr das, was lange Zeit als normal galt, in Frage gestellt wird, desto stärker scheint der Wunsch zu sein, es zu verteidigen und zur Normalität zurückzukehren - etwa in Form von wirtschaftlichem Wachstum um (fast) jeden Preis. (...) (S. 33)

Auch der Klimawandel ist eine direkte Folge unserer Normalität: Er resul-

tiert aus dem Wachstumszwang eines Wirtschaftssystems, das nur auf Basis von Konkurrenz und fossilen Energien aufrechterhalten werden kann. Der Klimawandel ist die Kehrseite der gesellschaftlichen Normalisierung und globalen Ausbreitung emissionsintensiver Produktions- und Konsummuster; nicht zuletzt ist er der Tatsache geschuldet, dass die soziale Ungleichheit und die zerstörerischen Aktivitäten der Superreichen - in Deutschland emittiert diese Gruppe, die 0,001 Prozent der Bevölkerung ausmacht, mit 11.700 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr das Tausendfache des Bundesdurchschnitts (...) - zumindest toleriert werden. (...) (S. 35)

Interessant und politisch dringend geboten ist es vor allem, zu begreifen, wie Produktions- und Konsummuster, die weltweit derart viel Leid und Zerstörung verursachen, überhaupt als normal gelten können und warum eine Sicherung dieser monströsen Normalität - nichts anderes verbirgt sich hinter der Politik der Zeitenwende - ernsthaft als erfolgreiche Resilienz- und Anpassungsstrategie erscheinen kann.“ (S. 36)

Sodann erfolgt eine Vergegenwärtigung und Vertiefung des Grundanliegens des Konzepts der imperialen Lebensweise. Brand/Wissen: „Als imperiale Lebensweise haben wir in unserem gleichnamigen Buch (...) Produktions- und Konsummuster bezeichnet, die den tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Natur und Arbeitskraft in einem globalen Maßstab voraussetzen. Die Organisation von Produktion und Konsum in Teilen der Welt (globaler Norden) beziehungsweise durch dominante gesellschaftliche Gruppen, so unsere Annahme, beeinträchtigt die Naturverhältnisse anderer Gruppen und anderer Teile der Welt oder zerstört gar deren Lebensgrundlagen. (...) (S. 37)

Die imperiale Lebensweise ist ebenso ein Ermöglichungs- wie ein Zwangsverhältnis, in das Menschen qua ihrer Zugehörigkeit zu einer kapitalistischen Gesellschaft hineinsozialisiert werden. Sie ist für viele attraktiv und erstrebenswert. Gleichzeitig kann man sich ihr aber auch nicht einfach entziehen. Der Begriff der imperialen Lebensweise (...) soll die existenziellen und gegenseitigen Abhängigkeiten verdeutlichen, die tief in den ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnissen verankert sind und zu sehr ungleichen Lebenschancen führen: Die Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft gegen Lohn verkaufen und sich dabei oft in der Produktion sozial-ökologisch problematischer Waren verdingen zu müssen, oder die Infrastrukturen einer autozentrierten Mobilität und eines agrarindustriellen Ernährungssystems lassen vielen kaum eine andere Wahl als die Partizipation an der imperialen Lebensweise.

Deren Kern besteht deshalb nicht aus individuellen Konsumententscheidungen, die prinzipiell auch anders getroffen werden könnten, wenn die Konsument*innen nur ausreichend über die sozial-ökologischen Folgen aufgeklärt würden.

Vielmehr sind Konsumententscheidungen in den meisten Fällen „notwendige Praktiken der sozialen Reproduktion, mit denen sich erst der Lebensunterhalt in einer kapitalistischen Wirtschaft bestreiten lässt (wohnt man auf dem Land, muss man zum Beispiel Benzin verbrauchen, um zur Arbeit zu kommen)“. (...)

Ferner wird die imperiale Lebensweise durch die unzähligen strategischen Entscheidungen und Handlungen herrschender Akteure stabilisiert und immer wieder dynamisch verändert. Und schließlich sind es gesellschaftliche Diskurse, Narrative und mitunter tief verankerte Selbstverständlichkeiten wie etwa Vorstellungen von gutem Leben oder kaum hinterfragtem und als notwendig erachtetem Wirtschaftswachstum, welche integraler Bestandteil der imperialen Lebensweise sind. Auch diese werden durch Werbung, Marketing und politische Öffentlichkeit reproduziert.“ (...) (S. 40, 41)

Die Autoren beschließen dieses Kapitel mit einer ausschnitthaften Behandlung der 'Klassenfrage' und des 'Nord-Süd-Verhältnisses'.

K l a s s e n f r a g e:

„Lohnabhängige im globalen Norden sind strukturell und dennoch auf sehr unterschiedliche Weise in die imperiale Lebensweise integriert. Und sie stehen dabei in hierarchischen Verhältnissen. Sie werden ausgebeutet, erfahren häufig Unterdrückung und Verachtung, aber auch Handlungsfähigkeit und Sinnstiftung. Dabei ist die lohnarbeitende Klasse aufgrund unterschiedlicher Lebenslagen - aufgrund von Einkommen, Bildung, Geschlecht, Herkunft und Stellung im Produktionsprozess - gespalten. Und diese Spaltung wird von oben, also von den herrschenden Klassen, aktiv betrieben. Gemeinsame Bedürfnisse, Interessen sowie Machtpositionen im Klassenkampf müssen bewusst geschaffen und auch von den Subjekten gewollt werden. (...) (...)

Darin liegt die Ambivalenz der imperialen Lebensweise aus der Perspektive der Arbeiter*innenklasse im globalen Norden. Sie ist gleichzeitig Teilhabeversprechen und Zwang, dem sich die Lohnabhängigen aufgrund ihres subalternen Status in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht entziehen können und der ihr Leben und ihre Gesundheit beeinträchtigt.

In der imperialen Lebensweise manifestiert sich zudem eine Entfremdung von den natürlichen Lebensgrundlagen: Je stärker der Produktionsprozess in kleinste Abschnitte unterteilt wird, je weniger der Gesamtprozess aus der Perspektive der Einzelnen also zu durchschauen ist und je mehr die Unmöglichkeit, etwas anderes zu produzieren, in eine inflexible Maschinerie eingeschrieben ist, desto unsichtbarer wird aus der Sicht der einzelnen Lohnabhängigen die Angewiesenheit der industriellen Produktion und Dienstleistungen auf natürliche Kreisläufe und die Vorleistungen von andernorts.“ (...) (S. 48)

Das Nord-Süd - Verhältnis

Hinführung:

„Wie Alf Hornborg betont, haben die technologisch fortgeschrittenen Sektoren des Weltsystems die Ausbeutung ihrer eigenen Arbeiter*innen intensiviert, indem sie „gleichzeitig die Rate der Nettoressourcenimporte von anderswo gesteigert haben“. (...) Die kapital- und materialintensive Produktion, idealtypisch verkörpert im Fließband, war ein Instrument der Disziplinierung. Sie unterwarf die Arbeiter*innen im selben Maße der Kontrolle des Kapitals, wie sie Energieeinsatz und Materialverbrauch steigerte. „Menschliche Arbeit wird durch fossile Energie und Maschinen ersetzt, Arbeiter*innen werden dem Takt der Maschinen unterworfen.“ (...)

Konkretisierung:

„Die konstitutive Rolle zu berücksichtigen, die die Klassenverhältnisse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften für die Vertiefung und Reproduktion der imperialen Lebensweise spielen, hat auch Implikationen für unser Verständnis der Begriffe „globaler Süden“ und „globaler Norden“. Wir begreifen diese nicht nur als internationale beziehungsweise territoriale Kategorien, sondern auch in ihren innergesellschaftlichen Ausprägungen: Der Nord-Süd-Gegensatz prägt die sozialen und räumlichen Strukturen nahezu aller Gesellschaften. Insofern gehen wir nicht vereinfachend vom sozial-räumlich integrierten globalen Norden und dem in der Funktion von Extraktion und Überausbeutung gehaltenen globalen Süden aus. (...) Aber wir betonen, dass sich die sozial-räumlichen Ungleichheiten im Norden von denen im Süden insofern unterscheiden, als sie wohlfahrtsstaatlich und infrastrukturell in weitaus stärkerem Maße abgefedert werden. (...) Sie sind in - durchaus brüchige und in jüngerer Zeit erodierende - soziale Kompromisse eingebettet, die ebenso das Resultat vergangener Klassenkämpfe sind, wie sie sich der dominanten Position der früh industrialisierten Länder in der geopolitischen Konkurrenz verdanken, sprich: dem Imperialismus.

Umgekehrt ist es auch die subalterne Stellung der Länder des Südens in eben dieser imperialistischen Weltordnung, die dort eine wohlfahrtsstaatliche und einigermaßen zivilisierte Bearbeitung der sozial-räumlichen Widersprüche blockiert. (...)

(S. 51, 52)

III. Zeitliche Abfolgen einer Krise

Brand/Wissen legen dar: „Es gilt mittlerweile als weitgehend gesichert, dass die Menschheit in ein neues Erdzeitalter eingetreten ist. Dieses wird als „Anthropozän“ bezeichnet - das Menschenzeitalter. Spätestens seit der „großen Beschleunigung“ des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung, wie sie Mitte des 20.

Jahrhunderts einsetzte, ist das Handeln von Menschen „zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde“ (...) geworden. Und nicht nur das: Die Menschheit überschreitet dabei jene natürlichen „planetaren“ Grenzen, deren Einhaltung eine Existenzbedingung menschlichen und nicht-menschlichen Lebens auf der Erde ist. (...) (S. 53)

Mit dem Konzept der „planetaren Grenzen“ hat eine Gruppe aus Wissenschaftler*innen um Johan Rockström 2009 einen mittlerweile mehrfach aktualisierten Rahmen vorgelgt, der die Veränderungen des Erdsystems und seiner Einzelbereiche abbildet. Ihren Befunden zufolge haben mehrere biophysische Prozesse, die die Stabilität der lebensnotwendigen Erdsysteme regulieren, ihren „sicheren Handlungsraum“ (safe operating space) bereits verlassen, also jene Belastungsgrenzen überschritten, innerhalb derer der Planet in einem stabilen Zustand funktioniert. Dabei handelt es sich um den Klimawandel, den Biodiversitätsverlust, den Süßwasserverbrauch, Landnutzungsänderungen, die Störung des Stickstoffzyklus und die Einbringung neuer Substanzen wie etwa Atommüll, Pestizide oder Mikroplastik in die Umwelt. (...)

Diese alarmierenden Entwicklungen sind nicht auf natürliche Veränderungen zurückzuführen, sie sind vielmehr anthropogen, also vom Menschen gemacht. (...) Der Mensch hat die natürlichen Systeme in einem Ausmaß verändert, „dass sie nicht mehr als 'natürlich' betrachtet werden können“ und dass die Folgen der Veränderungen nun negativ auf ihre Urheber zurückwirken. (...)

Das ist eine historisch völlig neuartige Situation. Die Menschheit ist erstmals damit konfrontiert, dass die stabilen Hintergrundbedingungen ihrer Geschichte aufgrund menschlichen Handelns in Bewegung geraten und sich die Lebensbedingungen auf der Erde grundlegend verändern. (...)“ (S. 55, 56)

Hinzu kommt das 'G e r e c h t i g k e i t s p r o b l e m', das zwingend zu lösen ist, aber bis heute keiner Lösung zugeführt wurde! Brand/Wissen: „Erst seit kurzem zeichnet sich in den Erdsystemwissenschaften eine höhere Sensibilität für die gesellschaftlichen Dimensionen der ökologischen Krise ab, und zwar derart, dass die Spezies „Mensch“ gleichsam disaggregiert und die ungleiche Verteilung von Verantwortung und Betroffenheit in den Blick genommen wird. So verweisen Johan Rockström und seine CoAutor*innen in einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2021 auf das Gerechtigkeitsproblem, das darin liege, dass die wohlhabenden Gesellschaften mit ihrem hohen Konsumniveau die Stabilität der lebensnotwendigen Erdsysteme in besonderem Maße bedrohten. Dagegen trügen diejenigen, die von den Umweltveränderungen am stärksten betroffen seien, am wenigsten zu ihrer Verursachung bei und verfügten über die geringste Resilienz und Anpassungsfähigkeit. (...) Zudem wird angemerkt, dass die besondere Vulnerabilität der ärmeren

Bevölkerungsgruppen in ungerechten sozialen Strukturen, Einstellungen und Governance-Systemen gründe. (...)“ (S. 58, 59)

Es ist inhaltlich richtig und gesellschaftspolitisch unverzichtbar, dass Wissenschaftler wie Johan Rockström das **Gerechtigkeitsproblem** im Zusammenhang mit der Bearbeitung der ökologischen Krise, die global - jedenfalls in sehr vielen Staaten - auf dem Weg in die ökologische Katastrophe ist, nicht nur ansprechen, sondern die Menschengemeinschaft (jedenfalls Teile davon) dafür sensibilisieren, die Menschengemeinschaft insoweit aufrütteln. Gleichwohl ist der inhaltliche Umfang und die gesellschaftspolitische Qualität dieser Sensibilisierung - bei aller guten Absicht und zweifelsfrei erdsystemwissenschaftlicher Kompetenz - defizitär.

In Bezug auf die vorherrschenden Produktions- und Konsummuster ist bei Brand/Wissen nachzulesen: „Sie sollen zwar verändert werden, ihre grundlegende Infragestellung verbleibt im Anthropozän-Narrativ aber außerhalb des Denkhorizonts. „Kurz, die Produktivkräfte (Wissenschaft und industrielle Technologie) gelten als die einzig möglichen Werkzeuge, um die Irrtümer zu verstehen und zu reparieren. Das System selbst steht nicht in Frage; seine Gender-, Klassen-, rassifizierten und räumlichen Ungleichheiten sind entweder unsichtbar oder irrelevant: Kein Paradigmenwechsel ist nötig.“ (...)“ (S. 62)

Brand/Wissen beziehen klar Stellung: „Unser Argument ist, dass sich die sozial-ökologischen Krisenphänomene unter den Vorzeichen des Kapitalismus nicht mehr bearbeiten lassen. Gleichzeitig kann Letzterer nicht einfach überwunden werden, weil er vermittelt über die imperiale Lebensweise tief in den gesellschaftlichen Orientierungen, Alltagspraxen, sozialen Kräfteverhältnissen, Infrastrukturen und Institutionen verankert ist.“ (S. 54, 55)

Anschließend gehen die Autoren vertiefend auf die 'Perspektive der ökologischen Ungleichheitsforschung' ein. Hierzu zitieren sie zunächst einen Text des Climate Inequality Report von 2023: „Die obersten zehn Prozent der Emittent*innen sind für fast die Hälfte der globalen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich (...). Mit anderen Worten, die von den unteren 90 Prozent der Weltbevölkerung verursachten Emissionen sind nur geringfügig höher als die der obersten zehn Prozent. (...) Das oberste eine Prozent erzeugt mehr als ein Sechstel der globalen Emissionen, wobei seine Pro-Kopf-Emissionen das 16-fache des globalen Durchschnitts von 2019 betragen. Diese Zahlen beinhalten, dass die Gesamtemissionen des obersten einen Prozents die Emissionen der gesamten unteren Hälfte der Weltbevölkerung übersteigen“. (...)

Brand/Wissen: „Wichtig ist, dass sich diese Zahlen nicht nur auf den Konsum, sondern auch auf Investitionsentscheidungen beziehen. Wenn die Superreichen in

die Öl- und Gasindustrie oder in die für großflächige Abholzungen verantwortliche industrielle Landwirtschaft des globalen Südens investieren, dann finanzieren sie damit ökonomische Aktivitäten, deren klimapolitische Folgen selbst noch ihren extremen Überkonsum in den Schatten stellen. (...)

Begreift man die Klimakrise in ihren Verteilungsdimensionen, dann ist es nicht länger egal, wo und wie Emissionen reduziert werden. Und statt marktförmiger Instrumente und technologischer Lösungen rücken Maßnahmen gegen die soziale und internationale Ungleichheit in den Vordergrund. Nicht die Entwicklungsansprüche der Armen sind das Problem, sondern der Naturverbrauch der Reichen. Bei diesen gilt es folglich anzusetzen. Um noch einmal den Climate Inequality Report zu zitieren: „Es ist wahrscheinlich, dass dieselbe absolute Reduktion von Emissionen für Individuen (oder Unternehmen) mit hohem Einkommen vergleichsweise leichter zu erreichen ist als für Gruppen mit niedrigem Einkommen und niedrigen Emissionen. Hier sind die Kohlendioxid-Emissionen mit essentiellen Bedürfnissen wie dem Heizen der eigenen Wohnung oder dem Pendeln zur Arbeit verbunden, es mangelt an den ökonomischen Ressourcen, um Änderungen vorzunehmen. (...)“ (2023) (...)

Wir halten die Diagnose der ökologischen Ungleichheit deshalb für wichtig. Gleichwohl greift sie zu kurz. Denn sie suggeriert, dass die ökologische Krise vor allem durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen bearbeitet werden könnte - und ignoriert strukturelle Veränderungen der Produktions- und Lebensweise. Die gesellschaftlichen Strukturprinzipien, die die Ungleichheiten letztlich hervorbringen, bleiben in der ökologischen Ungleichheitsforschung ebenso unterbelichtet wie die sozialen Kräfte, die auf ihre Überwindung drängen.

Hier müsste tiefer gebohrt werden, um zu jenem Problemerkern vorzudringen, der letztlich in der kapitalistischen Produktionsweise liegt: dem Zusammenhang zwischen zerstörerischen Natur- und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Der primär sozial-strukturelle Ansatz der ökologischen Ungleichheitsforschung würde so um eine historische und gesellschaftsanalytische Betrachtungsweise ergänzt. Dies leisten marxistische, feministische und dekoloniale Beiträge sowie die Degrowth-Debatte, die die Treiber der sozial-ökologischen Krise ausgehend von der politischen Ökonomie und politischen Ökologie des Kapitalismus identifizieren, dessen Wachstums- und Wettbewerbszwänge in den Blick nehmen und dafür in die Geschichte des Kolonialismus, der Sklaverei, der industriellen Revolution und der Durchsetzung der Kohle als zentralem Energieträger zurückgehen.“ (S. 69-72)

Nehmen wir diese Themenpalette partiell näher in den Blick. Brand/Wissen: „Die imperiale Lebensweise beinhaltet die ungleiche Aneignung nicht nur von

Natur, sondern auch von menschlicher Arbeitskraft. Das zu berücksichtigen ist wichtig, wenn es darum geht, die kolonial-kapitalistischen Wesenszüge des Anthropozäns zu bestimmen. So spielten der Sklavenhandel und die Sklaverei bei dessen Durchsetzung eine entscheidende Rolle, und dies gleich in mehrfacher Hinsicht: Erstens waren es Sklaven, die in Brasilien oder auf den Westindischen Inseln den Zucker ernteten, der zu einer Quelle billiger Kalorien für die englischen Industriearbeiter wurde. Und es waren ebenfalls Sklaven, deren Arbeit wichtige Rohmaterialien für die industrielle Produktion lieferte. Schon 1846 stellte Marx fest: „Die direkte Sklaverei ist der Angelpunkt unserer heutigen Industrie ebenso wie die Maschinen, der Kredit etc. Ohne Sklaverei keine Baumwolle; ohne Baumwolle keine moderne Industrie. Erst die Sklaverei hat den Kolonien ihren Wert gegeben, erst die Kolonien haben den Welthandel geschaffen, der Welthandel ist die notwendige Bedingung der maschinenellen Großindustrie.“ (...) (...)“ Brand/Wissen im Klartext weiter: „Der fossile Kapitalismus, dessen große Beschleunigung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Menschheit in ein neues Erdzeitalter beförderte, war also immer auch ein racial capitalism. (...) Sein Aufstieg war „abhängig von Waren, die mit Sklavenarbeit produziert wurden, in Gebieten, die man kolonialisierten Menschen gestohlen hatte, und verarbeitet in Fabriken, in denen europäische Bauern schufteten, die durch Enclosure gewaltsam vertrieben worden waren“. (...) Das setzt sich bis heute fort: Die „normale“ kapitalistische Ausbeutung von Arbeitskraft geht einher mit der Anwendung von direkter Gewalt und mit Sklaverei-ähnlichen Bedingungen für migrantische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, der Textilindustrie, dem Bausektor oder den Exportproduktionszonen des globalen Südens; (...) und nach wie vor werden Indigene in siedlerkolonialer Tradition von ihren Territorien verdrängt beziehungsweise in ihren Lebensgrundlagen bedroht, um Platz für fossile Extraktions- und Pipeline-Projekte zu schaffen. (...)“ (S. 76, 77)

Dieses Kapital abschließend - noch eine Bemerkung zu einer besonderen Art und Weise vom 'Außen' der kapitalistischen Ökonomie. Brand/Wissen hinführend: „Die kapitalistische Ökonomie hat von Beginn an vom Zugriff auf Natur und Arbeitskraft in außerökonomischen Sphären und nicht-kapitalistischen Räumen profitiert, ihre Entwicklung lässt sich kaum von den damit einhergehenden Zerstörungen trennen. Das liegt darin begründet, dass das Kapitalverhältnis sich aufgrund seiner Widersprüche nicht aus sich selbst heraus reproduzieren kann. Es ist, wie Bob Jessop feststellt, „konstitutiv unvollständig“ und bedarf deshalb der „außerökonomischen Ergänzung“, wenn der Prozess der Kapitalakkumulation funktionieren soll. (...)“ Brand/Wissen konkret: „Man kann den Gedanken des Außerökonomischen oder des Außens der kapitalistischen Ökonomie aber auch auf andere

gesellschaftliche Sphären und geographische Räume ausweiten. (...) So kann die Reproduktionsarbeit die Form sowohl von Lohnarbeit als auch von unbezahlter, meist weiblicher Arbeit in den Privathaushalten annehmen; und lohnarbeitende Migrant*innen werden sowohl ökonomisch ausgebeutet als auch aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt und rassistisch diskriminiert, mangels staatsbürgerlicher Rechte sind sie einer verschärften Ausbeutung oft ungeschützt ausgeliefert. Was die außerökonomischen Sphären und geographischen Räume miteinander verbindet, ist, dass sie in der Gesellschaftsordnung namens Kapitalismus eine subalterne Stellung einnehmen: Von der kapitalistischen Ökonomie werden sie abgespalten und abgewertet, gleichzeitig werden sie angeeignet und mittels der häufig zerstörerischen Form, die die Aneignung annimmt, in ihrer Existenz bedroht.“ (S. 79, 80)

IV. Grüner Kapitalismus

Die Autoren: „Die öko-kapitalistische Modernisierung der imperialen Lebensweise ist nicht deren Überwindung. Ganz im Gegenteil, die selektive Bearbeitung ihrer Widersprüche trägt vielmehr zur Aufrechterhaltung, gar zur Ausweitung und Vertiefung der imperialen Lebensweise bei. Ein Grüner Kapitalismus, so unsere These, verursacht neue sozial-ökologische Kosten und verlagert sie auf andere in Raum und Zeit. Er verändert Formen und Dynamiken gesellschaftlicher (Re-)Produktion sowie gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Die ökologische Krise wird auf lange Sicht und im globalen Maßstab nicht erfolgreich bearbeitet. (...)“ (S. 97)

Ein entscheidendes Merkmal der gegenwärtigen Krisensituation, die diese von den großen Krisen früherer Stadien des Kapitalismus unterscheidet, ist die fundamentale Störung des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur. Diese lässt sich, so unser Argument, auch unter grün-kapitalistischen Vorzeichen kaum mehr hegemonial bearbeiten. Was wir allenfalls erwarten können, ist eine selektive, räumlich und zeitlich begrenzte ökologische Modernisierung mit dem Ergebnis einer „fragmentierten Hegemonie“, also eines partiellen Konsenses innerhalb der Gesellschaften des globalen Nordens, der - letztlich mit geringen Erfolgsaussichten - gegen die Verlierer*innen im globalen Süden und globalen Norden zu verteidigen versucht wird. (...) (...) (S. 107)

Im Folgenden machen wir mit dem European Green Deal eine supranationale staatliche Strategie zum Ausgangspunkt unserer Analyse des Grünen Kapitalismus. (...) Die Rolle des Staates oder von Staatengebilden wie der EU nimmt gerade angesichts der Krise des Neoliberalismus, der sich zuspitzenden ökologischen Krise und zunehmender geopolitischer und -ökonomischer Konkurrenz zu. (...) Der EGD fügt sich (...) auch in eine Tendenz staatlicher Politik ein, die Daniela Gabor als „derisking“ bezeichnet: Die öffentliche Hand übernimmt die Risiken der

privaten Unternehmen. (...) (...) Die Implementierung des EGD erfolgt in enger Kooperation zwischen Spitzenpolitik, Bürokratie und Unternehmensmanagement. Nach außen hin werden diese Politiken durch eine aktive Handelspolitik ergänzt, insbesondere in Form von bilateralen Abkommen wie dem mit der lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation Mercosur, in der Definition von technischen und administrativen Standards und Normen und in der Kontrolle von Auslandsinvestitionen, Infrastrukturen und Technologien. (...) (...)

Übergeordnetes Ziel ist es, die europäischen Unternehmen besonders im High-tech-Bereich besser in den globalen Wertschöpfungsketten zu positionieren und bestimmte Produktionsschritte nach Europa zurückzuholen. (...) Dabei geht es auch um die Beschaffung „strategischer“ und „kritischer“ Rohstoffe (...). Die EU-Kommission schätzt, dass sich die globale Nachfrage nach Rohstoffen von 79 Milliarden Tonnen im Jahr 2023 auf 167 Milliarden Tonnen im Jahr 2060 verdoppeln könnte. „Der weltweite Wettbewerb um Ressourcen wird im kommenden Jahrzehnt immer härter werden. Die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen könnte bald die heutige Abhängigkeit vom Öl ersetzen.“ (...) (...) Die angestrebte Versorgungssicherheit hängt bei den meisten Rohstoffen nicht von ihrem physischen Vorkommen ab, sondern von einem gesicherten Zugang zu einem aus Sicht der Nutzer angemessenen Preis. Die EU hat inzwischen 34 Rohstoffe zu „kritischen“ beziehungsweise „strategischen“ erklärt. Dazu gehören Kupfer, Nickel, Kobalt, Lithium, natürlich vorkommendes Graphit, Seltene Erden und Bauxit. (...) Die Herkunftsorte sind bei einigen Metallen sehr eingeschränkt: Aktuell kommen 100 Prozent der „schweren“ Seltenen Erden und 85 Prozent der „leichten“ Seltenen Erden für die EU aus China, 79 Prozent des Lithiums kommen aus Chile. Diese monopolartigen Lieferketten enthalten das Potenzial für vielfältige Spannungen und Transformationskonflikte innerhalb der EU und auf internationaler Ebene. (S. 107-113)

Der EGD ist Ausdruck der Bemühungen, das Projekt des Grünen Kapitalismus gemeinsam mit „grünen“ Kapitalfraktionen und „grünen“ Unternehmensstrategien voranzutreiben. (...) Der EGD und die einzelnen Maßnahmen zu seiner Umsetzung passen die Veränderungen in die bestehenden Machtstrukturen ein und versuchen, diese in einigen Bereichen zu ökologisieren. Man könnte den EGD als zentralen Baustein einer hegemonialen Verallgemeinerung öko-kapitalistischer Strategien verstehen. (...)“ (S. 114)

Speziell zur Dekarbonisierung vertreten Brand/Wissen die Position: „Ein Hauptproblem besteht darin, dass de facto die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft bis 2050 mit einem enormen Anstieg des Verbrauchs von Rohstoffen einhergeht. Zwar wird im EGD suggeriert, dass erneuerbare Energie im

Überfluss vorhanden sei. Dabei wird jedoch übergangen, dass die technischen Systeme zu ihrer Produktion und Distribution fossile Energieträger und andere Rohstoffe wie Stahl, Zement und Seltene Erden benötigen. (...) In einer Studie mit zwei Szenarien kalkulieren der Verband Eurometaux und die Uni Leuven, dass für eine Dekarbonisierung bis 2050 der globale Verbrauch an Aluminium im Vergleich zu 2020 um 43 Prozent, an Nickel um 168 Prozent, an Kupfer um 51 Prozent und an Kobalt um 403 Prozent zunehmen wird. (...) In Bezug auf Lithium stellt eine Foresight-Studie von 2023 für die EU fest, dass für Batterien in der EU die Lithiumnachfrage zwischen 2020 und 2030 um den Faktor 12 steigen wird, bis 2050 um den Faktor 21. Global soll die Nachfrage um den Faktor 18 bis 2030 und um den Faktor 90 bis 2050 steigen. (...) Denn auch der Übergang zur Elektro-Automobilität ist nicht nur energie-, sondern auch rohstoffintensiv. (...)“ (S. 116)

Fußnote (Fn) 1

Der EGD wird von Brand/Wissen eindeutig als 'grün-kapitalistisches Projekt' identifiziert: „Denn es stellt die Wachstumslogik nicht infrage und suggeriert, dass die ökologische Krise mit der versöhnlerischen Zauberformel des Kapitalismus bearbeitet werden kann: Wirtschaftswachstum - nun eben „grün“. Zudem wird konkret mit der Umsetzung des EGD angestrebt, die imperiale Lebensweise und damit die systematische Ausbeutung eines Außen zu vertiefen.“ (...) Was in diesem Zusammenhang konkret bedeutet - Brand/Wissen: ... „den Zugriff auf ein Außen zu organisieren, insbesondere auf Rohstoffe und Vorprodukte, aber auch auf die globalen Senken.“ (S. 118, 119)

Ist die absolute Entkopplung des ökonomischen Wachstums vom Ressourcen-/Rohstoffverbrauch, dem Schadstoffausstoß (Emissionen), der Aufnahmefähigkeit von Schadstoffsenken (z.B. Wälder, Ozeane) möglich? Zu dieser ökonomischen wie ökologischen Schlüsselfrage erklären Brand/Wissen: „Im Kapitalismus kann Stabilität nur geschaffen werden, wenn die Wirtschaft wächst und Kosten in Zeit und Raum externalisiert werden können. Daher steht und fällt das Vorhaben, die ökologische Krise mit kapitalistischen Mitteln in den Griff zu kriegen, mit der Möglichkeit, ökonomisches Wachstum absolut vom Ressourcenverbrauch und von der Nutzung natürlicher Senken zu entkoppeln. Vieles deutet darauf hin, dass diese Möglichkeit schlicht nicht existiert. Zwar lässt sich durchaus beobachten, dass es bezogen auf einzelne Regionen, Länder und ökologische Belastungen zu absoluten Entkopplungen kommt, etwa bei der Gewässerverschmutzung oder bei den Treibhausgasemissionen. (...) Teilweise ist das jedoch auf die Auslagerung von besonders energieintensiven industriellen Aktivitäten zurückzuführen, die die Bilanz des einen Landes zu Lasten anderer Länder schönert. Zudem ist das Tempo der absoluten Entkopplung, dort, wo sie stattfindet, nicht hinrei-

chend, um die Klimakrise in einem beherrschbaren Rahmen zu halten, ganz zu schweigen davon, dass es im globalen Maßstab keinerlei Anzeichen für eine absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Naturzerstörung gibt. (...)“ (S. 119, 120) Fußnote (Fn) 2

V. Öko - imperiale Spannungen

Imperien sind riesige Macht-, Herrschaftsbereiche. Solche Macht-, Herrschaftsbereiche üben auch Öko-Imperialismus aus. Öko-Imperialismus kann allgemein umschrieben werden mit 'Imperialismus als Herrschaft über Umweltgüter' und/oder als 'aufgenötigte/aufgezwungene Umweltregulation'. Es liegt in der Natur solcher Macht-, Herrschafts-, Zwangsverhältnisse, dass daraus enorme Spannungen erwachsen. Solche Spannungen zeigen Brand/Wissen sehr deutlich auf. Die wesentlichsten Schlaglichter:

1. Handelsabkommen -allgemein- am Beispiel des Freihandelsabkommens zwischen der EU und der lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) -
 Brand/Wissen: „Wie bei anderen Handelsabkommen der neoliberalen Ära geht es hier um Zollsenkungen, den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die Sicherung geistiger Eigentumsrechte und Deregulierungen beim öffentlichen Beschaffungswesen. Damit soll der Austausch von Waren zwischen den beiden Regionen angekurbelt werden - und letztlich auch die Produktion und Profite. Aus der EU sollen mehr Autos, Maschinen, Chemikalien und Pestizide in den Mercosur-Raum geliefert werden. (...) Umgekehrt sollen mehr Rindfleisch, Soja und Agrartreibstoffe, aber auch metallische und mineralische Rohstoffe aus den vier Ländern nach Europa exportiert werden. (...) Das Abkommen wird auch aus klimapolitischen Gründen als wichtig erachtet: Die EU benötige dringend metallische und mineralische Rohstoffe für die Technologien der Dekarbonisierung. Nur damit könne der Klimawandel eingedämmt und die Anpassung an diesen betrieben werden. (...) Kommissionspräsidentin von der Leyen: „Lithium, Kupfer, grüner Wasserstoff - das sind die Dinge, die Europa braucht und die Argentinien liefern kann.“ (...) (...)“
 Brand/Wissen fahren fort: „Das umstrittene und vorerst gescheiterte Abkommen muss unseres Erachtens in einem breiteren Kontext verstanden werden, und nicht nur als Handelsabkommen zwischen zwei wichtigen Wirtschaftsräumen. Es ist einerseits Ausdruck einer sich wandelnden Weltordnung, verbunden insbesondere mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas und mit einer intensiven Konkurrenz im Hightech-Bereich zwischen China, den USA und der EU. (...) Andererseits ist das Abkommen Teil der europäischen Bemühungen, den Status quo der imperialen Lebensweise aufrechtzuerhalten. Kann die EU sich den Zugang

zu klassischen, aber auch zu „kritischen“ und „strategischen“ Rohstoffen, die die kapitalistischen Zentren für die ökologische Modernisierung ihrer eigenen Ökonomien benötigen, nicht sichern, ist diese Lebensweise in Gefahr. (...) Am Beispiel des gescheiterten Abkommens kann man gut beobachten, dass sowohl die ökologische Krise als auch die unterschiedlichen Lösungsansätze, die Gesellschaften derzeit für sie entwickeln, zu verstärkten öko-imperialen Spannungen führen - also Spannungen zwischen Staaten oder Staatenverbänden, die aus dem Zugriff des Kapitalismus auf ein „Außen“ resultieren, das in der ökologischen Krise zunehmend unverfügbar und umkämpfter wird. Diese öko-imperialen Spannungen werden zu einem Strukturmoment internationaler Politik, sind also nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft vorhanden. (...) Wenn die Politiker*innen der EU in Südamerika ein Abkommen für einen gleichberechtigten Handel versprechen, dann verschweigen sie einen brutalen Tatbestand: Die Weltwirtschaft ist kein Marktgeschehen, bei dem Güter und Dienstleistungen per Angebot und Nachfrage zwischen Gleichberechtigten gegen Geld getauscht werden. Sie ist vielmehr Teil eines institutionalisierten Systems, in dem sehr unterschiedlich mächtige Akteure ihre Interessen verfolgen. (...) Die kapitalistische Ökonomie ist strukturiert entlang von Merkmalen wie Konkurrenz und Dominanz, internationale Arbeitsteilung, Abhängigkeit und Ausbeutung. Sie ist tendenziell expansiv, produziert immer mehr und durchdringt die Gesellschaften immer stärker mit Warenproduktion, damit Profite entstehen. Gleichzeitig benötigt sie ein Außen. (...) (S. 125-130)

Die früheren Kolonien waren von Beginn an und sind bis heute zentral für die Herausbildung beziehungsweise Reproduktion des Kapitalismus im globalen Norden - durch die von dort angeeignete Arbeitskraft in Form von Sklaverei sowie durch die dort erfolgte Warenproduktion und Ressourcenausbeutung, eingebettet in rassifizierte Verhältnisse. (...) Seit dem Kolonialismus hat sich eine internationale Arbeitsteilung herausgebildet, derzufolge bestimmte Länder vor allem Rohstoffe extrahieren und exportieren. (...) (...) Die kapitalistischen Zentren eignen sich dabei durch die Importe überproportional Reichtum an; zudem lagern sie viele emissionsintensive industrielle Vorprodukte in die (Semi-)Peripherie aus.

Die heutigen Länder der kapitalistischen Semi-Peripherie und Peripherie (...) sind aus einer im Vergleich zu den Zentren schwächeren Position in die weltwirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen eingebunden. Ihre Regierungen können weniger die internationalen Regeln bestimmen. Und ihre Bewohner*innen erfahren eher als jene in den Ländern des Nordens strukturelle oder gar offene Gewalt. (...) (...)

Internationale Kredite und Verschuldung sind eine weitere Form von Dominanz und Abhängigkeit, weil Überschüsse von den oft im globalen Süden befindlichen

Schuldnerländern in den globalen Norden und zunehmend nach China, wo meist die Kreditgeber sitzen, transferiert werden. (...) Sie sind auch ein Mechanismus der neoliberalen Disziplinierung der verschuldeten Länder, insbesondere wenn diese Regierungen haben, die eigenständige Wirtschaftspolitiken betreiben wollen. (...) Der ungleiche Transfer von Werten und Naturstoffen, oft als „ungleicher ökologischer Tausch“ bezeichnet, ist strukturell eng verbunden mit der imperialen Lebensweise. (...) Fußnote (Fn) 3

Die imperiale Produktions- und Lebensweise führt dazu, dass immer mehr Menschen in die vollständige Lohnabhängigkeit geraten, weil sie von den für ihre Selbstversorgung nötigen Mitteln - Land, Gemeingüter - getrennt wurden. Das führte in der europäischen Industrialisierung dazu, dass Bauern und Bäuerinnen ihr Land verloren und in die Städte und Fabriken gedrängt wurden, und es führt bis heute in den Gesellschaften der kapitalistischen Semi-Peripherie und Peripherie wie den afrikanischen Staaten dazu, dass Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren und in die Lohnabhängigkeit gedrängt werden. Einmal in der Lohnabhängigkeit stehen die Beschäftigten von der betrieblichen bis zur internationalen Ebene in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Dabei haben sie ein legitimes Interesse an guten Arbeitsmöglichkeiten und Löhnen. Doch genau diese basieren im Kapitalismus auf der (Über-)Ausbeutung anderer Weltregionen und dem ungleichen Tausch von „kostenlosen“ beziehungsweise möglichst preisgünstigen Naturstoffen, verschärfen also die öko-imperialen Spannungen. (...) Wohlstand ist dementsprechend zwischen den Lohnabhängigen sehr ungleich verteilt und basiert im globalen Norden strukturell auch für jene, die weniger wohlhabend sind, auf der Existenz der imperialen Lebensweise. Dies ist einer der Gründe, warum die imperiale Lebensweise insbesondere im globalen Norden so wirkmächtig und attraktiv ist. (...) (S. 131-133)

Die führenden Mächte, die jeweils auch Zentren der Kapitalakkumulation waren, setzen finanzielle, politische und militärische Ressourcen ein, um die Regeln der Weltwirtschaft zu bestimmen, Sicherheit in ihrem Interesse zu garantieren und Infrastrukturen zu schaffen und zu kontrollieren. (...)

Bei allen Konflikten scheint es jedoch einen Konsens zu geben, der gleichzeitig die Ursache von vielfältigen Spannungen darstellt: Die Existenz, Ausbreitung und Vertiefung der imperialen Lebensweise wirkt bisher wie eine Kompromissformel in den Ländern des globalen Nordens und Südens. Trotz aller weltwirtschaftlichen und -politischen Veränderungen und Konflikte bleibt das System auf Wachstum und Akkumulation und damit auf mehr oder weniger rücksichtslose Naturausbeutung getrimmt. Und genau dieser Konsens vertieft die globale (Über-)Ausbeutung der Lohnabhängigen, liegt den öko-imperialen Spannungen zugrunde und treibt

uns zügig in den ökologischen Kollaps. Zudem stellt er eine harte Restriktion für einen tiefgreifenden und umfassenden sozial-ökologischen Umbau der Weltwirtschaft dar. Internationale Umweltpolitik bleibt unter den gegenwärtigen Bedingungen strukturell im Schatten von Wachstumspolitik. (...) (S. 134, 135)

Insgesamt hat die neoliberale Globalisierung die sozial-ökologischen Widersprüche verschärft, durch die enorme wirtschaftliche Expansion, die zunehmende Integration von Ländern des globalen Südens in den kapitalistischen Weltmarkt und die damit einhergehende Vertiefung der imperialen Lebensweise. Diese Veränderungen finden nicht nur international statt, sondern sie sind eng mit den Alltagsverhältnissen von Menschen verbunden, nämlich mit dem stark zunehmenden Konsum im globalen Norden und der grundsätzlich wünschenswerten materiellen Besserstellung von Hunderten von Millionen Menschen in den Ländern des globalen Südens - beide Tendenzen sind von großer Ungleichheit geprägt. Die Veränderungen führen zu verstärkter Konkurrenz um Rohstoffe und zu neuen Formen der Externalisierung. Zudem verschärfen sie dramatisch die ökologische Krise und steigern die Katastrophenrisiken weltweit. (...)“ (S. 139)

2. Rohstoff-Extraktivismus aufgrund des enormen globalen Rohstoffhungers - Brand/Wissen: „So wird ein Wirtschaftsmodell bezeichnet, bei dem große Mengen natürlicher Rohstoffe in einem Land abgebaut und weitgehend unverarbeitet in andere Länder exportiert werden; damit erzielen die betreffenden Länder in der Regel mehr als die Hälfte ihrer Exporteinnahmen. Die ökologischen Kosten bleiben dabei in den Extraktionsländern zurück, getragen werden sie von der Natur und der ärmeren Bevölkerung. Die Einnahmen fließen an profitorientierte Unternehmen mit oft monopolisierter Macht, unterstützt von Regierungen.

Die Rohstoffe werden unter höchst ungleichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen gefördert, verarbeitet, vertrieben und genutzt - nämlich unter Bedingungen der globalen Konkurrenz von Bergbau- und Industrieunternehmen sowie von Ländern und Regionen. Der Abbau und mögliche erste Verarbeitungsschritte finden auf dem Rücken jener statt, die in den Gebieten leben, wo die Rohstoffe abgebaut werden und Natur beschädigt oder sogar zerstört wird. Bei erneuerbaren Ressourcen wie Holz oder Fischereiprodukten ist die Ausbeutung meist (derart) intensiv, dass sich die Bestände nicht regenerieren können. Der Rohstoff-Extraktivismus ist damit Teil eines globalen Systems von ökonomischer Konkurrenz und Staatenkonkurrenz sowie des ungleichen ökologischen Tauschs.

Historisch dominierten in Lateinamerika Bergbau und Landwirtschaft, später die Förderung fossiler Energieträger und monokulturelle industrialisierte Landwirtschaft. Die extraktivistischen Aktivitäten sowie die dazugehörigen Infrastrukturen sind kapitalintensiv und werden meist von großen privaten oder auch staatli-

chen Unternehmen betrieben, die Teile globaler Güter- und Wertschöpfungsketten sind. (...)

Das Wirtschaftsmodell des Rohstoff-Extraktivismus prägt viele Gesellschaften des globalen Südens, deren formelle Ökonomien zum größeren Teil vom Rohstoffexport abhängig sind. In den extraktivistischen Ländern sind die Eigentums- und Klassenstrukturen stark um den Rohstoffsektor und die Verfügung über Land organisiert. (...) Fußnote (Fn) 4 und 5

Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Rohstoffe am Weltmarkt wird auch erreicht durch eine massive Ausbeutung der lokalen Arbeitskraft: durch prekäre Arbeitsbedingungen, lange Arbeitszeiten und einen großen informellen Sektor. (...)

Die Verfügung über Land ist für die Extraktion von Rohstoffen zentral und deshalb geht das extraktivistische Wirtschaftsmodell mit autoritärer, mitunter gewaltförmiger Kontrolle und Landraub einher. Regierungen weisen immer wieder Vorzugsgebiete für den Bergbau aus, in denen ohne große Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen Rohstoffe extrahiert werden. In der kritischen politischen und wissenschaftlichen Debatte werden diese verloren gegebenen Gebiete und die gegebenenfalls dort lebenden Menschen als „Opferzonen“ (sacrifice zones) bezeichnet. (...)

Dessen ungeachtet stößt das extraktivistische „Entwicklungsmodell“ durchaus auf Zustimmung. Allen voran ist das bei Regierungen und Unternehmen der Fall, aber auch in Teilen der Bevölkerung, denen Arbeitsplätze, eine wachsende Wirtschaft und mehr Verteilungsspielräume für den Staat in Aussicht gestellt werden. Die argentinische Soziologin Maristella Svampa spricht in diesem Zusammenhang von einem „Rohstoff-Konsens“ (consenso de los commodities). (...) (...)

Ein weiterer entscheidender Grund für die hohe Rohstoffnachfrage sind die vorherrschenden Strategien der Dekarbonisierung im globalen Norden, in China und in anderen Ländern. (...) Dabei entsteht eine Art „grüner“ oder „postfossiler“ Extraktivismus, der weder ökologisch noch sozial ist. (...)“ (...) (S. 150-154)

Speziell zur Thematik **L i t h i u m**:

Brand/Wissen: „Der chilenische Lithiumkonzern SQM - dessen Anteile unter anderem dem ehemaligen Schwiegersohn des autoritären Diktators Augusto Pinochet gehören - spricht dabei von „grünem Lithium“, weil 95 Prozent der für den Abbau notwendigen Energie solaren Ursprungs seien und in Chile bis 2030 Klimaneutralität bei der Produktion von Lithium angestrebt wird. (...) Selten erwähnt wird in diesen positiven Zukunftsszenarien der immense Wasserverbrauch zur Lithiumförderung in ohnehin trockenen Regionen. (...)“ (...)

Speziell zur Thematik W a s s e r s t o f f:

Brand/Wissen: „Die deutsche Bundesregierung hat 2020 eine Strategie verabschiedet, der zufolge ein Teil des Wasserstoffs mit Strom aus Deutschland gewonnen werden soll. Allerdings wird das nicht reichen, um den Wasserstoffbedarf vor allem für die Dekarbonisierung der industriellen Produktion zu decken. Deshalb werden Importe aus anderen Ländern nötig sein. (...) In diesem Kontext spielen die (...) vielfach etablierten „Energiepartnerschaften“ eine wichtige Rolle: Bei den Kooperationen mit Ländern wie Brasilien, Chile, Marokko, Südafrika, Tunesien oder der Türkei geht es explizit um Wasserstoff. (...) Besonders wichtig ist dabei die Gewinnung von „grünem“ Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Doch die „Partnerschaften“ thematisieren nicht die Bedingungen, unter denen Wasserstoff erzeugt wird oder erzeugt werden soll: Denn der dafür benötigte Strom aus erneuerbaren Energien bedarf enormer Windkraft- und Solaranlagen, die nicht nur selbst sehr materialintensiv sind, sondern angesichts ungleicher Machtverhältnisse in den Ländern zu einer neuen Runde von Landraub und Vertreibungen führen könnten. (...)“

Brand/Wissen lassen abschließend keinen Zweifel daran:

„In diesem „grünen“ Extraktivismus bleiben die internationale und innergesellschaftliche Arbeitsteilung, die Dynamiken kapitalistischer Inwertsetzung und die ihr zugrundeliegenden Interessen sowie Kontroll-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse unangetastet. Das „grün“ darf hier also keineswegs als ein sozialer oder ökologischer Fortschritt missverstanden werden. (...) Die negativen Folgen für Mensch und Natur (...) werden (...) unsichtbar gemacht. (...) (...) (S. 155-157)

Unter der Bedingung kapitalistischen Wachstums bedeuten Strategien der Dekarbonisierung keine Reduktion des Rohstoffverbrauchs. Sie bedeuten nur dessen Verlagerung im Sinne einer selektiven Veränderung der Rohstoffbasis. Insgesamt droht der gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur derzeit weiter zu eskalieren. (...) Fußnote (Fn) 6

Die Gesellschaften der kapitalistischen Semi-Peripherie und Peripherie werden weiterhin rücksichtslos ausgebeutet. (...)

Es ist dringend geboten, dass fossile Energieträger im Boden bleiben, es müssen offene militärische Konfrontationen vermieden werden, es lohnen sich Initiativen wie ein Lieferkettengesetz. (...)“ (S. 167, 168) Fußnote (Fn) 7

VI. H e r r i s c h e P o l i t i k e n

Brand/Wissen konstatieren einleitend: „Die „Systemfrage“ wurde in den letzten Jahren insbesondere von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften gestellt. In gewisser Weise ist es eine Kritik an Globalisierung und Neoliberalismus von

rechts, mit einem autoritären, militaristisch-männlichen und menschenfeindlichen Angebot, das Menschen entlang von Kriterien wie Herkunft oder Religion sortiert, mit Kategorien wie „das Volk“ vermeintlich Einheitlichkeit schafft und verlorengegangene Regierbarkeit zurückzugewinnen verspricht. (...) Wir erleben einen zunehmenden Autoritarismus, der sich in der Verachtung Andersdenkender bis hin zu physischer Verfolgung (...) äußert, in Anti-Genderismus, Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in westlichen Ländern. Der Autoritarismus beinhaltet Politiken der Abschottung, aber auch neue Formen einer exklusiven Solidarität im Sinne des sozialstaatlichen Schutzes der einheimischen Bevölkerung gegenüber angenommenen Bedrohungen „von außen“. (...)

Die Politiken rechter Kräfte stellen einen Versuch dar, die in die Krise geratene imperiale Lebensweise autoritär zu stabilisieren. (...) Ähnlich wie beim Grünen Kapitalismus handelt es sich bei der autoritären Stabilisierung um ein Hegemonieprojekt. (...) Die autoritäre Rechte bricht nicht mit dem Neoliberalismus, sondern setzt die Politiken der Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Finanzialisierung und Austerität in vielen Bereichen fort. (...)“ (S. 169, 170)

Von dieser Basis aus gelangen Brand/Wissen zur Gewissheit: „Während die Rechte die materiellen Interessen der oberen Klassen in aller Regel tatsächlich vertritt, täuscht sie dies im Hinblick auf die lohnabhängigen Mittel- und Unterklassen häufig nur vor. Zwar enthält die Programmatik einer Partei wie der AfD auch sozialpolitische Elemente. Im Kern, so Sebastian Friedrich, steht die AfD aber „für eine autoritär-protektionistische Variante des Neoliberalismus“, (...) die darauf zielt, Unternehmen und Besserverdienende zu entlasten und die soziale Sicherung den Familien zu übertragen. (...)“ Z u d e m - Brand/Wissen: „Klassenverhältnisse bleiben unangetastet, die Existenz von Armen und Reichen gilt den Rechten als natürliche Form der Ungleichheit. (...)“ (S. 181, 182)

Betrachten wir nun die „Rohe Bürgerlichkeit“ und das „gegenwärtig dominante liberale Freiheitsverständnis“. Brand/Wissen: „Das Beunruhigende am Aufstieg der autoritären Rechten ist nicht nur die unmittelbare Bedrohung, die davon für gesellschaftliche Gruppen wie Migrant*innen, Geflüchtete oder queere Menschen ausgeht. Dazu kommt, dass der Autoritarismus sich bis weit in die bürgerliche Mitte hinein als anschlussfähig erweist. (...) Auch die hier beheimateten politischen Kräfte reagieren zunehmend repressiv auf Geflüchtete, Migrant*innen oder die Klimabewegung. (...) Der autoritären Rechten im Grundsatz nicht unähnlich - allerdings meist unter expliziter Abgrenzung von deren rassistischen Begründungsmustern - setzen auch sie auf autoritäre Maßnahmen und die Stärkung horizontaler Trennungen, um exklusive „Freiheitsrechte“ zu schützen (...). (...)

Die sich radikalisierenden Teile der Klimabewegung, wie etwa die Letzte Ge-

neration und Extinction Rebellion, werden für ihren zivilen Ungerhorsam kriminalisiert, während sich hochrangige Regierungsvertreter die Freiheit nehmen, offen gegen geltendes Recht zu verstoßen. So weigerte sich Bundesverkehrsminister Volker Wissing, bis zum 17. Juli 2023 ein Sofortprogramm vorzulegen, in dem er darlegt, wie der Verkehrssektor die zum wiederholten Male verfehlten Jahresziele des Klimaschutzgesetzes erreichen will. Laut Letzterem wäre er genau dazu aber verpflichtet gewesen. (...)

UN-Generalsekretär António Guterres hat Recht, wenn er schreibt: „Klimaaktivisten werden manchmal als gefährliche Radikale dargestellt. Aber die wirklich gefährlichen Radikalen sind die Länder, die die Produktion von fossiler Energie erhöhen. Investitionen in neue Infrastrukturen für fossile Brennstoffe sind moralischer und wirtschaftlicher Wahnsinn.“ (...) Eine solidarische Bearbeitung der Krise der Externalisierung erfordert deshalb tiefe Eingriffe in die Eigentums- und Verfügungsrechte der Erdzerstörer sowie eine radikale Beschränkung von solchen „Freiheiten“, auf die vor allem, aber eben nicht nur, die Reichen ein Recht zu haben glauben: das Fliegen (mit Privatjets), die Produktion und Nutzung großer Autos, das Rasen ohne Tempolimit, der Erwerb von Aktien von Rüstungs-, Auto-, Öl- oder Bergbaukonzernen. Das sind Freiheiten, die zu Lasten anderer gehen. Eva von Redecker sieht das Problem im Freiheitsversprechen der Moderne darin, dass es zum einen unbegrenzte Bewegungsfreiheit sowie die Freiheit der Nutzung von Besitz und Eigentum verspricht, zum anderen aber indifferent ist gegenüber allem irdischen Leben, also der menschlichen wie der außermenschlichen Natur. Deshalb funktioniert das dominante liberale Freiheitsverständnis „derzeit vor allem als Gallionsfigur der Verwüstung“. (...) Fußnote (Fn) 4 und 5

Die Denkweisen und Praktiken einer unsolidarischen und naturzerstörerischen „Freiheit“ zu beschränken ist unter liberaldemokratischen Vorzeichen jedoch schwierig. Denn die liberale Demokratie besteht in ihrem Kern darin, formale politische Gleichheit zu ermöglichen, die sozio-ökonomische Ungleichheit aber unangetastet zu lassen beziehungsweise ihre Entstehung und Reproduktion durch eine kapitalistische Eigentumsordnung abzusichern und allenfalls in ihrem Ergebnis zu korrigieren. (...) (...)

Aus einer solidarischen Perspektive wären derartige und viel weiter gehende Eingriffe unabdingbar. (...) Gefordert wäre folglich eine Ausweitung demokratischer Verfahren auf solche gesellschaftlichen Bereiche, die bislang systematisch gegenüber ihnen abgeschottet waren. Die Förderung von Öl, die Abholzung von Wäldern für die industrielle Landwirtschaft, die Produktion von Gütern wie Handys, Billigfleisch und Panzern, die Herstellung und Nutzung von unsinnigen und schädlichen Luxusgütern wie SUVs, Privatjets oder Yachten dürften nicht länger

eine Angelegenheit privater Entscheidungen sein. Dasselbe gilt für Kernbereiche des Grünen Kapitalismus wie die Elektro-Automobilisierung, die - vorangetrieben von starken Partikularinteressen - viele Menschen andernorts und in der Zukunft schädigt, ohne dass diese die Möglichkeit hätten, an den entsprechenden gesellschaftlichen Weichenstellungen mitzuwirken. Derartige Entscheidungen zu entprivatisieren, würde bedeuten, die liberale Demokratie zu retten, in dem man über sie hinausgeht und sie gleichsam in einer solidarisch-radikalen Demokratie aufhebt.

Was sich derzeit jedoch abzeichnet, ist das genaue Gegenteil: nicht Fortschritt zu mehr Demokratie, sondern Rückschritt zu weniger. (...) (...)

In Zeiten, in denen sich die sozialen und ökologischen Widersprüche kaum mehr unter liberaldemokratischen Vorzeichen bearbeiten lassen, zeigt sich also das gewaltförmige Gesicht des Kapitalismus immer ungeschminkter. Getrieben von rechten Kräften, gebärden sich nun auch die (früheren) Repäsentant*innen der liberalen Demokratie autoritär und repressiv. Nur so scheint sich die imperiale Produktions- und Lebensweise noch stabilisieren zu lassen: indem sie sich die sozialen und ökologischen Kosten, die sie selbst produziert und lange Zeit erfolgreich externalisiert hat, durch Repression und den Ausbau der Grenzen zwischen einem zu schützenden Innen und einem immer bedrohlicheren Außen vom Leib hält.“ (S. 188-192) (...)

Zusammenfassende Argumentation - Brand/Wissen: „Rechtsautoritäre Politiken (...) kommen nicht selten im neoliberalen Gewand daher. Sie richten sich damit auch gegen die materiellen Interessen der Subalternen, die zu vertreten sie vorgeben. Aber das ist nur vordergründig ein Paradox. Denn die autoritäre Rechte bietet eine Erklärung für die tatsächlichen und wahrgenommenen Erfahrungen sozialer Missachtung der Lohnabhängigen an, wenn auch nur für die Erfahrungen derjenigen mit der „richtigen“ Staatsbürger*innenschaft. Demnach sind es die von einem woken Geist beseelten politischen Eliten, die die Institutionen der liberalen Demokratie nutzen, um Politik gegen die „kleinen Leute“ zu betreiben. Insofern richtet sich die autoritäre Rechte gegen die politischen Eliten ebenso wie gegen die Institutionen, die ihnen Macht verleihen. Den Markt dagegen versucht sie nicht selten zu stärken. Denn er belohnt aus ihrer Sicht die Leistung der hart Arbeitenden und wehrt die Ansprüche derer ab, die am nationalen Wohlstand partizipieren wollen, ohne durch ihre eigene Arbeit dazu beigetragen zu haben. Den Staat zurückzustutzen, bedeutet auch, der traditionellen Geschlechterordnung wieder zu ihrer Geltung zu verhelfen. Schließlich ist es aus Sicht der autoritären Rechten der bevormundende, in die Reproduktionssphäre eingreifende Staat, der diese Ordnung gestört und die Familie ihrer Funktion beraubt hat, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. (...)“ (S. 193, 194)

VII. Perspektiven des Füreinander - Einstehens

Die Kämpfe um Alternativen und das Auffinden strategischer Fluchtpunkte - zunächst am Beispiel des Konflikts um die Ortschaft Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier - Brand/Wissen: „Lützerath wird bleiben. Auch wenn die Kohle irgendwann abgebaut ist, wird der Name des Ortes in Nordrhein-Westfalen weiterwirken: als Symbol für den Mut und den Einfallsreichtum von Menschen, die sich gegen einen mächtigen Konzern und die Macht des Staates wehren.

Lützerath ist aber auch ein Symbol für eine Politik, die die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Die Zeichen der Zeit sind der rechtzeitige Ausstieg aus der Kohle - wie auch aus Erdgas und Erdöl - und der Übergang zu einer Produktionsweise, in der das gute Leben für alle und nicht die Verteidigung von Partikularinteressen mächtiger Eliten der zentrale Bezugspunkt ist. (...) (...)

(...) der fossile Riese RWE (...) darf (...) nun weitere 280 Millionen Tonnen Braunkohle abbaggern und verbrennen. Im Jahr 2030 lässt er es dann gut sein mit der heißen Luft und der verbrannten Erde (...).“ (...) RWE wird sich die 'finanziellen' Hände reiben. Und dieses Stück aus dem „kapitalistischen Tollhaus“ wurde vom fossilen Riesen RWE mit staatlicher Unterstützung beziehungsweise „Kapitulation“ vor dem Hintergrund aufgeführt, - Brand/Wissen: „dass der Abbau der Kohle unter Lützerath aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Netzstabilität schlicht nicht nötig war. Zu diesem Schluss kommen gleich mehrere Gutachten. (...) Sodann, und in der aktuellen politischen Diskussion weitgehend vernachlässigt, stellt sich die Frage: Für wen und was wird der Strom eigentlich erzeugt? Um wessen Versorgungssicherheit geht es hier eigentlich? (...) Müssen wir Strom für Autofabriken erzeugen, damit darin riesige Mengen an immer größeren Fahrzeugen hergestellt werden, die, einmal freigelassen, selbst Unmengen an Strom verbrauchen oder die fossilen Treibstoffe gleich selbst in Kohlendioxid verwandeln? Brauchen wir Energie für eine chemische Industrie, die Berge von Plastikverpackungen herstellt, die nach einmaligem Gebrauch verbrannt oder nach Malaysia, in die Türkei oder in afrikanische Länder exportiert werden? Was hier sichergestellt wird, ist eine Produktions- und Lebensweise, die bereits heute unzählige Menschen in eine existenzielle Unsicherheit stürzt.

Viel sinnvoller - und angesichts sich häufender und zuspitzender Krisen immer dringlicher - wäre es dagegen, innezuhalten und zu fragen, was gesellschaftlich notwendig ist und so produziert werden kann, dass es die Erde nicht weiter aufheizt und die Lebensgrundlagen der Menschen hierzulande, anderswo und in der Zukunft nicht zerstört: ein nachhaltiges Mobilitätssystem, ein gut ausgebautes und für alle zugängliches Gesundheitssystem, ein Energiesystem aus Erneuerbaren, be-

zahlbare Wohnungen oder ein Bildungssystem, das Herkunftsunterschiede ausgleicht, statt sie zu reproduzieren.

In Ländern wie Deutschland gibt es dafür genug Geld. Die Gesellschaft ist reicher als je zuvor. Wer es sich leisten kann, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr auszugeben oder ein Rettungspaket für die Banken zu schnüren, das fast 500 Milliarden Euro umfasst, hat auch die Mittel, die Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Warum sollten wir weiterhin Ressourcen und menschliche Kreativität für die Entwicklung neuer Finanzinstrumente, das Design von SUVs oder die Optimierung von Waffensystemen verschwenden? Warum sollten wir wertvolle mineralische Rohstoffe in Elektroautos verbauen? Warum nicht stattdessen die sozialen Anstrengungen, die praktische und kollektive Intelligenz der Beschäftigten in der Produktion, in der Pflege oder im Gesundheitswesen, die Kreativität der Ingenieur*innen in den Dienst eines guten Lebens für alle stellen?

Solche Fragen lassen sich in Parlamenten auf Bundes- und Landesebene oder in den Ministerien bislang kaum diskutieren. Kein Wunder, denn sie berühren den Kern der kapitalistischen Produktionsweise: die Möglichkeit, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum Nachteil der Allgemeinheit einzusetzen, solange sich daraus Gewinne, Wachstum und Steuereinnahmen ergeben. Das wird verkläusultiert mit Begriffen wie „Wettbewerbsfähigkeit“, mit dem Verweis auf Arbeitsplätze oder dem Argument, dass „die Chinesen“ das Problem beim Klimawandel seien. Europa mache ja schon seine Hausaufgaben. Doch das sind Nebelkerzen. (...)“ (S. 201-206)

Konkrete Möglichkeiten - Was ist zu tun?

Brand/Wissen: „Produktionsweisen wie solidarische Ökonomien oder ein transparenter öffentlicher Sektor, die nicht zuvorderst an Profit orientiert sind, enthalten oft bereits Elemente einer möglichen anderen Gesellschaft. Prinzipien des Rückbaus bestimmter Branchen und des Aufbaus einer solidarischen und an Gebrauchswerten orientierten Wirtschaft können entlang dieser Vorbilder gestärkt und alltagspraktisch erfahren werden. (...) Entscheidend ist dabei, das Prinzip von Sorge oder care zu stärken und von ihm ausgehend die Ökonomie zu denken und zu gestalten. Das beinhaltet, die gesellschaftliche Reproduktion und die damit verbundene Arbeitsteilung solidarisch zu reorganisieren und die klassen- und geschlechtsspezifische sowie rassifizierte Ausbeutung und Herrschaft zu überwinden. „Care, commons und Suffizienz in der Produktion und im Konsum“ - so nennt Christa Wichterich die Eckpunkte einer solidarischen Alternative. (...) Fußnote (Fn) 8

Der Staat und das internationale politische System sind zentral bei der rechtlichen, finanziellen, administrativen und diskursiven Absicherung emanzipatorischer Errungenschaften. Gleichzeitig sind sie Teil der vielfältigen Krisen und Pro-

bleme und müssen in ihren Strukturen und Funktionslogiken verändert werden. Das gilt vor allem für die Ausrichtung staatlicher und internationaler Politiken an Wirtschaftswachstum und dominanten Kapitalinteressen. (...)“

Transformative Politik

Grundlegende Umgestaltungen in der Politik werden im Wesentlichen bewirkt durch solidarische Begrenzungen und Vergesellschaftung als Basis für eine sozial-ökologische Wirtschaft. Brand/Wissen: „Solidarität ist der Geist, der alle diese Elemente durchweht und beseelt. Wir verstehen sie mit Raul Zelik als eine soziale Praxis, die sich der „Zerstörung des Zwischenmenschlichen“ durch Marktliberalismus und den von diesem begünstigten Aufstieg der autoritären Rechten widersetzt. (...) Solidarität kann die systemischen Grenzen der kapitalistischen Produktions- und der imperialen Lebensweise transzendieren. Sie markiert den Horizont einer emanzipatorischen Perspektive jenseits der bestehenden zerstörerischen Ordnung. Dabei ist sie notwendigerweise international, überwindet also auch die territorialen Grenzen des Nationalstaats. (...) Es geht also um eine „Praxis systemsprengender Solidarbeziehungen“: Die in der zeitlichen, räumlichen und sozialen Ferne liegenden Folgen der imperialen Lebensweise werden in deren Nahbereich zurückgeholt, das Leid der einen wird als notwendige Folge exklusiver Freiheiten der anderen sichtbar gemacht. Andreas Lob-Hüdepohl bezeichnet dies treffend als „entgrenzende, universale Zuständigkeit der prima facie Nichtzuständigen (...) - um aller notleidenden Menschen willen“. (...)

Solidarität in diesem Sinne ist zunächst eine Haltung, eine Ethik und ein Empfinden, um andere Menschen zu unterstützen und das Gemeinwohl zu stärken. (...)

Inklusive globale Solidarität als gewollte und gelebte, institutionalisierte und verrechtliche Beziehung ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Denn nur damit kann die kapitalistische Barbarei abgewendet werden. Eine Bedingung dieser überlebensnotwendigen Solidarität sind politisch erkämpfte solidarische Grenzziehungen. (...) Fußnote (Fn) 9 Grenzen sollen überwunden werden - das ist die dominante Logik und Handlungsorientierung im Kapitalismus, auch im Grünen Kapitalismus: mehr Produktion, mehr Konsum, mehr Lohnarbeit, mehr Energie und Rohstoffe - und vor allem mehr Profite. Voraussetzung dafür ist die Nicht-Anerkennung von Grenzen. Der britische Ökonom Tim Jackson schreibt dazu: „Die Leugnung von Grenzen ist ein wesentlicher Bestandteil des Wachstumsmythos. Dass dieser es im Kapitalismus nicht schafft, klar zwischen dem zu unterscheiden, was begrenzt ist, und dem, was es nicht ist, ist die Wurzel allen Übels.“ (...) (...)“ (S. 209-212)

Vergesellschaftung ist keine „böartige Veranstaltung“. Brand/Wissen: „Eine ebenso ermutigende wie politisch und konzeptionell zentrale Initiative der jüngeren Zeit ist „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ (DWE). Sie hat mit einem längeren politischen Vorlauf das erfolgreiche Referendum zur Enteignung großer Immobilienunternehmen 2021 in Berlin organisiert. Anfang 2024 ist es zwar fraglich, ob die Berliner Politik den mehrheitlichen Wunsch der Bevölkerung respektiert und die großen Wohnungsbauunternehmen tatsächlich vergesellschaftet. Klar ist jedoch, dass eine großmaßstäbliche Vergesellschaftung von Wohnraum die Lebenssituation vieler Menschen unmittelbar verbessern und gleichzeitig sehr konkret ein Strukturprinzip des Kapitalismus in Frage stellen würde, nämlich die private Verfügung über eine basale Infrastruktur. Durch eine Vergesellschaftung würde diese der Profitlogik entzogen und in ihrer Gebrauchswerteigenschaft gestärkt.

Ähnlich ließe sich mit anderen Infrastrukturen verfahren. Auch im Energiebereich wird über Vergesellschaftung diskutiert, in der Wasserversorgung wurden vielerorts privatisierte Unternehmen rekommunalisiert. Im italienischen Campi Bisenzio nahe Florenz besetzten die Beschäftigten des Automobilzulieferers GKN 2021 ihre Fabrik, nachdem der Eigentümer deren Schließung angekündigt hatte. Mit Unterstützung von Wissenschaftler*innen und der Klimabewegung erarbeitete das Collettivo di Fabbrica einen Konversionsplan, der vorsieht, statt Autoteilen Lastenräder und Fotovoltaik-Anlagen zu produzieren. Eine Genossenschaft soll als Rechtsform für die geplante alternative Produktion fungieren. (...)

Die (wiederbelebte) wissenschaftliche Debatte über Vergesellschaftung, demokratische Wirtschaftsplanung, Gebrauchswertorientierung und Konversion ist ein Ausdruck dieser Entwicklungen. Gleichzeitig wirkt sie orientierend auf diese ein. Beide - die Debatte und die Entwicklung - stehen also in einem wechselseitigen Zusammenhang, der sich nicht zuletzt daraus ergibt, dass die Bewegungen ihre eigenen Intellektuellen hervorbringen. (...) (...) Fußnote (Fn) 10

Vergesellschaftung bedeutet im Kern Demokratisierung. Den Wenigen in den Unternehmensleitungen oder an der Spitze von Staaten und internationalen Organisationen wird die Möglichkeit genommen, Entscheidungen zu treffen, die zu Lasten anderer in Raum und Zeit gehen, ohne dass diese anderen die Möglichkeit hätten, an den Entscheidungen mitzuwirken. Positiv gewendet: Alle haben das Recht, gleichberechtigt an den Entscheidungen, von deren Auswirkungen sie betroffen sind, beteiligt zu werden. Und, darauf besteht Hans Thie: „Alles Eigentum, das über das Persönliche hinausgeht und - in welcher Form auch immer - Macht über andere Menschen begründet, wäre demokratiepflichtig. Das ist der Sprung, den man gedanklich machen muss.“ (...)

Das klingt abstrakt, hat aber zwei konkrete Implikationen: Erstens beinhaltet es, dass die reproduktionsnotwendigen gesellschaftlichen Bereiche der Profitlogik entzogen und einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. (...) Dabei handelt es sich vor allem um soziale und sozio-technische Infrastrukturen: Krankenhäuser, Wohnungen, Einrichtungen der Pflege und Kinderbetreuung, Bildungseinrichtungen, Versorgungssysteme in den Bereichen Mobilität, Wasser, Energie und Kommunikation. (...)

Die zweite Implikation einer als Demokratisierung begriffenen Vergesellschaftung besteht darin, dass sie eine Voraussetzung für die solidarische Selbstbegrenzung schafft. (...) Damit meinen wir nicht den Verzicht auf die Güter und Dienstleistungen, die für ein gutes Leben notwendig sind. Im Gegenteil, darauf liegt sogar der Fokus. Es geht um die Fülle des für ein gutes Leben Notwendigen, dessen Vorhandensein im Kapitalismus strukturell verknappt wird. Denn es ist ja nicht so, dass Knappheit den Wohnungen, Lebensmitteln, Kleidung oder den Infrastrukturen für Gesundheit, Bildung, Pflege, Kommunikation, Mobilität oder Energie per se innewohnen würde. Tatsächlich ließen sie sich für alle Menschen in ausreichendem Maße und unter Berücksichtigung ökologischer Restriktionen zur Verfügung stellen. (...) (...)“ (S. 215-219)

E) Finale Einschätzung des Besprechers

„Kapitalismus am Limit“ von Ulrich Brand und Markus Wissen ist ein fulminantes Werk. Das Autorenteam beschäftigt sich in vielfältigster Weise mit dem komplexen Groß-Thema: Globale soziale und ökologische Gerechtigkeit. Die Bearbeitung dieses Themas durch Brand/Wissen ist sehr beeindruckend.

Das Werk zeichnet sich aus durch enorme Faktenkenntnis und schlüssige Bewertung der dargestellten Sachverhalte. Brand/Wissen sind unzweifelhaft sehr deutliche, präzise Kapitalismuskritiker und argumentations-, überzeugungsstarke Verfechter der Interessen/Belange der Ökologie / Umwelt / Schöpfung.

Beispielhafte 'Schlüsselsätze' hierzu:

Der European Green Deal (EGD) als grün-kapitalistisches Projekt stellt die dem Kapitalismus zwingend innewohnende Wachstumslogik nicht infrage und suggeriert, dass die ökologische Krise mit der versöhnlerischen Zauberformel des Kapitalismus bearbeitet werden kann: Wirtschaftswachstum - nun eben „grün“. Zudem wird konkret mit der Umsetzung des EGD angestrebt, die imperiale Lebensweise und damit die systematische Ausbeutung eines Außen (Globaler Süden und die europäische Peripherie) zu vertiefen. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 117, 118)

Der Staat ist kein neutraler Akteur. Er ist darauf ausgerichtet, die Bedingungen für Kapitalanhäufung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 121)

Die Unternehmen üben Druck auf Löhne und soziale Leistungen aus, um die Profitrate zu sichern. Die Beschäftigten werden in der Standortkonkurrenz gegeneinander ausgespielt. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 122)

Die kapitalistischen Zentren eignen sich dabei durch Importe überproportional Reichtum an; zudem lagern sie viele emissionsintensive industrielle Vorprodukte in die (Semi-)Peripherie aus. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 131)

Die führenden Mächte, die jeweils auch Zentren der Kapitalakkumulation waren, setzten auch militärische Ressourcen ein, um die Regeln der Weltwirtschaft zu bestimmen. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 134)

Tatsächlich (de facto) begünstigt der Freihandel die wirtschaftlich Stärkeren. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 136)

Insgesamt hat die neoliberale Globalisierung die sozial-ökologischen Widersprüche verschärft. (Vgl. Brand/Wissen, 2024, S. 139)

Ihre treffende inhaltliche Kapitalismuskritik und die strikte Einforderung globaler ökologischer Gerechtigkeit haben oftmals (jedenfalls partiell) Ähnlichkeit bis (nicht selten) nahezu Deckungsgleichheit mit ökosozialistischen Argumentationssträngen. Gleichwohl ist nach meiner Einschätzung „Kapitalismus am Limit“ kein explizit ökosozialistisches Werk. Für diese subjektive Einschätzung spricht auch die Tatsache, dass das Literaturverzeichnis nur (sehr) wenig Hinweise auf einschlägige ökosozialistische Literatur enthält. Zu berücksichtigen ist auch, dass es den Ökosozialismus nicht gibt. (Wer sich über die Vielschichtigkeit des 'Ökosozialismus' informieren möchte, darf z.B. verwiesen werden auf den schmalen - aber äußerst informativen - Band von Alexander Neupert-Doppler, „Ökosozialismus“ - Eine Einführung (50 Texte aus 50 Jahren ökosozialistischer Debatte - 1970 bis 2020), mandelbaum kritik & utopie, 2022.) Sei es wie es sei. Vielleicht trifft die folgende subjektive - allgemeine - Beschreibung den Wesenskern von „Kapitalismus am Limit“: Brand/Wissen erklären hochengagiert und tief kenntnisreich den globalen Gegenstand des Sozialen und Ökologischen (die zwei Seiten derselben Medaille sind - anders ausgedrückt: die unlösbar miteinander verschränkt sind), um der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit global zum Durchbruch und zur Festigung zu verhelfen, damit die Menschheit, die gesamte Schöpfung nicht an der kapitalistischen Verheerung zugrunde geht.

Fußnote (Fn) 1

Verwendung der Rohstoffe. Rohstoffproblematik.

Bruno Kern, 2024, hinterfragt kritisch den Einsatz von Photovoltaik, Windkraft, Wasserstoffwirtschaft und Elektroauto-Mobilität.

„Weltweit betrachtet ist die Energiegewinnung aus Photovoltaik und Windturbinen ein Nischenphänomen. Setzt man sie ins Verhältnis zum Energieverbrauch insgesamt und nicht nur zur Stromerzeugung - hier liegt ihr Anteil bei 13 % -, so macht sie nicht einmal 1,5 % der Primärenergie aus. Und dennoch zeichnen sich schon jetzt die Grenzen dieser Form von Energiegewinnung deutlich ab, nicht zuletzt (wegen) des mit ihr verbundenen Rohstoffbedarfs (vgl. Herrmann 2022, 155). (...) Es klafft also eine große Lücke zwischen unserem derzeitigen Energieverbrauch und dem, was uns maximal aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung stehen wird, sofern es uns gelingt, ihre Potenziale zu erschließen. Die öffentliche Debatte ist dadurch verzerrt, dass sie meistens auf die Elektrizität reduziert wird. Elektrischer Strom macht aber bis jetzt lediglich etwa 20 % unseres gesamten Endenergieverbrauchs aus, zu dem darüber hinaus Raumwärme, Verkehr, etc. dazukommen. Etwas mehr als die Hälfte der Elektrizität (...), das heißt etwa 12 % der Endenergie, stammt derzeit aus erneuerbaren Quellen. Nimmt man den Einsatz von erneuerbarer Energie darüber hinaus (z.B. für Wärmeerzeugung) dazu, dann beträgt der Anteil der Erneuerbaren am Gesamtenergieverbrauch immer noch nicht mehr als 20 %.

Das Industrieland Deutschland lässt sich mithilfe dieses beschränkten Potenzials auf keinen Fall auf dem heutigen Niveau aufrechterhalten. (...)

Allein die Umstellung der Stahlproduktion auf „grünen Stahl“ auf dem heutigen Niveau erfordert die Installation von etwa 12.000 zusätzlichen Windkraftanlagen (Herrmann 2022, 174). (...) Der Ausweg, den die Politik aus diesem Dilemma sucht, ist der Import von riesigen Mengen grünen Wasserstoffs, auf dessen Problematik noch näher eingegangen wird (...).

Der populistische Slogan, der besagt, dass uns die Sonne 15.000 mal mehr Energie am Tag sendet als wir verbrauchen, ist verantwortungsloser Unsinn. Ein großer Teil des Sonnenlichts trifft auf geografisch unzugängliche und daher nicht nutzbare Regionen. Vor allem aber ist für die Umwandlung der diffus einfallenden Sonnenstrahlung und Wind in Strom eine industrielle Ausrüstung erforderlich, die in Herstellung und Betrieb zunächst eines großen Inputs an (bislang nicht erneuerbarer) Energie und (nicht erneuerbarer) Rohstoffe bedarf. Dies wirft die Frage nach einer seriösen Bilanzierung von Input und Output auf (EROEI = energy return on energy invested), also die Frage, wie viel nutzbare Nettoenergie zur Verfü-

gung steht, wenn der zunächst erforderliche Energieaufwand ehrlich in die Rechnung einbezogen wird. Zu berücksichtigen sind dabei nicht nur die einzelnen Anlagen an sich, sondern alles, was für deren Netzintegration erforderlich ist, alle Transportkapazitäten, um die Energie dort einzusetzen, wo sie gebraucht wird, und die erforderlichen Speicherkapazitäten, die die - für eine Industriegesellschaft unabdingbare - ständige Verfügbarkeit garantieren. Mit der Umstellung unseres Energiesystems auf erneuerbare Quellen wird sich der Energiebedarf des Energiesystems selbst erheblich vergrößern! Dazu kommt als weiteres gravierendes Problem: Erneuerbare Energien sind mit einem erheblich größeren Bedarf an Metallen verbunden. Selbst wenn man Stahl in der Rechnung nicht berücksichtigt, braucht ein Solarpark bezogen auf die installierte Leistung etwa sechsmal so viel Metalle, ein Off-Shore-Windpark sogar 16 mal so viel (Mihatsch 2023). Da aber viele dieser Rohstoffe knapper werden und einen immer größeren energetischen Aufwand für ihre Erschließung erfordern, vergrößert sich der Energieinput erheblich und der EROEI verschlechtert sich tendenziell! Die heute ermittelten Energierücklaufzeiten sind also Momentaufnahmen einer Situation, die mit der Zeit immer ungünstiger wird. Das konfrontiert uns mit der eigentlich recht banalen Einsicht: Erneuerbar bedeutet eben nicht unbegrenzt! (...) (S. 27-29)

Photovoltaik, also die Stromerzeugung auf der Grundlage des photovoltaischen Effekts aus eintrahlendem Sonnenlicht, in der Regel mittels Modulen auf der Basis von Silizium, ist die energieintensivste, die mit den meisten Stoffströmen verbundene und unter Umweltsichtpunkten schädlichste Form zur Gewinnung von erneuerbaren Energien. Bezogen auf ein Megawatt installierter Leistung sind in Solarpaneelen etwa sieben Tonnen Mineralien verbaut (Herrmann 2022, 156). (...)

Angesichts der sehr ernüchternden Energiebilanz von Photovoltaik in unseren Breiten ist die Forderung, möglichst viele verfügbare Flächen mit Solarmodulen zu bestücken, ebenso unsinnig wie der derzeitige Boom an Balkonkraftwerken. Aufgrund des erheblichen Energie- und Ressourceninputs sind Photovoltaikanlagen auf jene Standorte zu beschränken, die eine genügend hohe Effizienz versprechen, was in Deutschland eher im Süden der Fall ist. Die Sollseite der Energiebilanz schlägt allerdings dort zu Buche, wo die Module produziert und die entsprechenden Rohstoffe gefördert werden. (...) Was den Verbraucher bei uns freuen mag, ist für die globale Klimabilanz unter dem Strich eher schädlich.

Die Windenergie scheint insgesamt unter den erneuerbaren Energiequellen die aussichtsreichste zu sein und eine zweifelsfrei positive Energiebilanz aufzuweisen. (...) In Deutschland hat der Wirtschaftsminister die Zielvorgabe gemacht, dass 2 % der Gesamtfläche für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen seien. Das entspricht etwa der dreifachen Fläche des Saarlandes und ist in einem so dicht besie-

delten Land keineswegs unproblematisch, zumal wenn man bedenkt, dass die ökologisch nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft viel flächenextensiver sein wird, dass wir gerade aus Klimagründen viele Flächen renaturieren müssen und Nutzfläche verlorengelht. Es geht jedoch nicht um beliebige Flächen, sondern um geeignete Standorte, die eine genügend hohe Durchschnittswindgeschwindigkeit aufweisen, damit eine Anlage auch effektiv genug laufen und einen genügend hohen Ertrag abwerfen kann. (...) (...)

Abholzung in großem Stil (...) im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb! Klimapolitisch ist das fatal.(...) Denselben Weg will nun auch der bayerische Ministerpräsident Söder einschlagen und verstärkt die Anhöhen des Bayerischen Waldes nutzen (...). Um eine Windturbine effektiv genug zu betreiben, bedarf es (...) durchschnittlicher Windgeschwindigkeiten von annähernd sechs Metern pro Sekunde. (...)

Der Bedarf an - zum Teil sehr knappen - Rohstoffen für Windräder ist erheblich und für deren Energiebilanz entscheidend. Mehr als tausend Tonnen Zement für den Sockel, Hunderte Tonnen Stahl für Sockel und Turm, etliche Tonnen an Eisen, Kupfer, Aluminium für Maschinengondel und Generator, seltene Erden wie Neodym, Praesodym und Dysprosium für den Permanentmagneten ... Unter Berufung auf die IEA spricht Ulrike Herrmann abgesehen von Stahlbetonsockel und Turm von etwa einer Tonne Mineralien pro Megawatt Leistung (Herrmann 2022, 156). (...) Die heute über achtzig Meter langen Rotorblätter bestehen meist aus Faserverbundstoffen. Alexander Dunlap weist in diesem Zusammenhang auch auf das erhebliche Müllproblem hin, das auch durch Recycling kaum behoben werden kann. Die Recyclingquote variiert natürlich sehr stark für die einzelnen Komponenten, kommt aber insgesamt nicht über 20 % hinaus (Dunlap 2021, 91). (S. 30-38)

Wasserstoff: (...) Die Dekarbonisierung vieler Bereiche ist ohne grünen Wasserstoff nicht vorstellbar. Als Reduktionsmittel kann er Koks bei der Stahlerzeugung ersetzen, (...) mithilfe von Wasserstoff kann man synthetische Treibstoffe herstellen und Brennstoffzellen betreiben, die vor allem in Großfahrzeugen zum Einsatz kommen, für die man ansonsten Batterien mit einem allzu hohen Gewicht bräuchte (Busse, LKWs, Traktoen, Baufahrzeuge ..). (...) Wasserstoff ist allerdings keine Energiequelle, sondern ein Speichermedium, und grün ist er nur, wenn man ihn mittels Elektrolyse aus Wasser mithilfe von Strom aus erneuerbaren Quellen herstellt. Die dafür nötigen Strommengen lassen sich bei Weitem nicht bei uns erzeugen. Deshalb sieht sowohl die europäische als auch die 2020 beschlossene deutsche Wasserstoffstrategie den Import von etwa 80 % des Bedarfs vor. Allerdings gibt es da einige Probleme.

Zunächst ist der Wirkungsgrad von Wasserstoff äußerst schlecht. Von der ur-

spünglich eingesetzten Energie bleibt am Ende nur ein Bruchteil übrig. (...) Das Bundesforschungsministerium geht davon aus, dass Deutschland bis 2050 jährlich 45 Mio. Tonnen Wasserstoff importieren muss. (...) Das Spektrum der Länder, die man dafür grundsätzlich ins Auge fasst, reicht von Chile über die Ukraine bis nach Australien, was allein schon darauf hinweist, wie verzweifelt man nach diesem knappen Gut Ausschau hält, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass auch andere Industrieländer dieselben Begehrlichkeiten teilen. Derzeit konzentriert man sich allerdings auf den afrikanischen Kontinent von Marokko bis Namibia. Was sich hier allerdings bereits deutlich abzeichnet, ist ein neuer Kolonialismus unter grünem Vorzeichen, ideologisch verschleiert durch den Begriff „Energiepartnerschaft“. Das heißt: Man nutzt die Ressourcen dieser Länder für unsere grüne Energiewende an deren eigenen Bedürfnissen vorbei! Zur Wasserstofferzeugung mittels Elektrolyse braucht man neben Sonne und Wind vor allem Süßwasser (...). Das ist aber genau in jenen Ländern ein knappes Gut, die reich an Sonne und Wind sind und die deshalb zum Teil unter jahrzehntelanger Trockenheit leiden. Die Entsalzung von Meerwasser würde die Energiebilanz nochmals verschlechtern. (...) Die Absicht des deutschen Wirtschaftsministers, in Zukunft „blauen“, das heißt aus Methan gewonnenen Wasserstoff mit anschließender Verpressung des anfallenden, abgeschiedenen CO₂, aus Norwegen zu kaufen, macht deutlich, dass bei den politisch Verantwortlichen trotz aller Beteuerungen der Glaube an die Wunderwaffe grüner Wasserstoff schwindet. (...) (S. 38-40)

Der Einsatz von Wasserstoff für die Aufrechterhaltung unseres Maßes an Mobilität ist völlig illusorisch. Zum (...) schlechten Wirkungsgrad (...) kommen noch die erheblichen Infrastruktur- und Sicherheitsprobleme. (...) Wasserstoff ist leicht entflammbar und korrosionsaggressiv. Jeder Tankvorgang würde nicht nur ein erhebliches Sicherheitsrisiko bedeuten, sondern mit zusätzlichem Energieverschleiß verbunden sein. (...) (S. 48)

Als angeblich klimafreundliche Variante wird bei uns das batteriebetriebene Elektroauto als individuelles Massenverkehrsmittel propagiert und politisch massiv gefördert. (...) Winfried Wolf kommt in seiner sehr gründlichen Studie ähnlich wie das Ökoinstitut zum Schluss, dass über den gesamten Lebenszyklus (...) hinweg die CO₂-Bilanz bei optimistischen Annahmen nur einen recht bescheidenen ökologischen Vorteil gegenüber herkömmlichen Benzin- oder Dieselaautos hätte (Wolf 2020, 8). Wolf selbst weist auf die Studie des renommierten Instituts IFEU im Auftrag des Bundesumweltamtes hin, die zeigt, dass die Klimabilanz von E-Autos keineswegs besser ist als die von Verbrennern (Wolf 2020, 101). Bei genauerer Betrachtung stellen sich Wolfs Annahmen bzw. die Studien, auf die er sich selbst beruft, allerdings als unhaltbar optimistisch heraus, und der angebliche Vor-

teil von maximal 30 % beginnt sich in Luft aufzulösen. (...) Die massenhafte Einführung von E-Autos würde einen zusätzlichen Strombedarf bedingen, der angesichts der (...) grundsätzlich knappen Potenziale mit anderen Anwendungen (etwa Wärmepumpen) konkurriert. Wir sind bekanntlich weit davon entfernt, den Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Das EEG schreibt nun einen Einspeisevorrang für erneuerbare Energien vor. Das heißt aber, dass jeder zusätzliche Stromverbrauch über die herkömmlichen Anwendungen hinaus aus fossilen Quellen kommt („Differenzialstrom“)! Man kann also sagen, dass E-Autos in Deutschland derzeit ausschließlich mit Strom aus fossilen Quellen (hauptsächlich Kohle) fahren.

Entscheidend für die Ökobilanz ist aber die Herstellung! (...) Dass hier E-Autos einen erheblichen Nachteil gegenüber Verbrennern haben, ist völlig unbestritten und den Angaben der Hersteller selbst zu entnehmen. (...) Der ökologische Rucksack ist aber weitaus größer, als sich aus den angeführten Daten erschließen lässt.

Das beginnt bereits bei der Lithium-Ionen-Batterie, zu der es zurzeit und wohl auch in absehbarer Zukunft keine wirklich praktikable Alternative gibt. (...)

Worauf Wolf nicht eigens eingeht, ist die Tatsache, dass das schwere Gewicht der Batterie (bei einem durchschnittlichen PKW etwa 200 kg) durch vermehrte Leichtbauweise, das heißt einen größeren Einsatz von Aluminium und Faserverbundstoffen, kompensiert wird. Diese sind sehr energieintensiv und verschlechtern die Ökobilanz der Herstellung eines E-Autos zusätzlich.

Vor allem aber macht der Verbrauch von zum Teil knappen Rohstoffen den Einsatz von Elektroautos als Massenverkehrsmittel völlig illusorisch. Das für die Akkumulatoren benötigte Lithium ist ein solcher knapper Rohstoff. (...)

Für die bisher gängigen Anwendungen in elektronischen Geräten benötigte man Lithium im Grammbereich, für eine Autobatterie an die zehn Kilogramm! Die Reserven reichen auf keinen Fall, um die weltweit derzeit mehr als eine Milliarde Pkws durch E-Autos zu ersetzen. (...)“ (S. 49-51)

Fußnote (Fn) 2

a) Bruno Kern, 2024, *Entkopplung*

„Tim Jackson hat die Unmöglichkeit der Entkopplung wirtschaftlichen Wachstums vom Energie- und Ressourcendurchsatz unter Zuhilfenahme der sogenannten „Ehrlich-Gleichung“ darzustellen versucht, die zur Ermittlung der Auswirkungen auf die Umwelt ein bestimmtes Wohlstandsniveau, das Bevölkerungswachstum und technische Effizienzverbesserungen miteinander in Beziehung setzt. Er kommt zur Schlussfolgerung: Um die nötigen Treibhausgasreduktionen auf techni-

schem Weg zu erreichen, müsste bei gegebenem Wohlstandsniveau und einem moderaten Bevölkerungswachstum die Effizienz jährlich um 7% gesteigert werden. Das entspräche bis zum Jahr 2050 einer technischen Effizienzverbesserung um den Faktor 21! Dabei geht diese Rechnung vom derzeit bestehenden globalen Wohlstandsgefälle aus, also von den weltweit bestehenden höchst ungleichen Lebensverhältnissen. Würde man ein Welteinkommen auf EU-Niveau zugrunde legen, dann müsste nach Jacksons Berechnung die technische Effizienz eine jährliche Steigerung von 9% erfahren (Jackson, 2011, 59-77).“ (S. 46)

b) Tim Jackson, 2017, Entkopplung

„Effizienz und technologischer Fortschritt sind zugleich Ergebnis und Treiber von Wirtschaftswachstum. Doch wir wissen, dass die Entkopplung der Wirtschaftsleistungen vom Ressourcen- und Materialverbrauch nach wie vor ein Mythos ist. Die Industrie 4.0 - so auch die deutsche Forschungsministerin - wird eine drastische Nachfrage nach wirtschaftsstrategischen Rohstoffen nach sich ziehen. (...) (S. 13)

Die Vorstellung einer nicht wachsenden Wirtschaft mag für einen Ökonomen ein Gräuel sein. Den Ökologen jedoch graust es bei der Vorstellung einer ständig wachsenden Wirtschaft. Rein physisch kann kein Subsystem eines endlichen Systems unendlich wachsen. (...) Allein das Ausmaß der Entkopplung, das nötig wäre, um die hier dargestellten Grenzen einzuhalten (und dann auch dauerhaft innerhalb dieser Grenzen zu bleiben, während die Wirtschaft immer weiterwächst), ist schlicht nicht vorstellbar. (...) (S. 59)

Man muss unbedingt zwischen relativer und absoluter Entkopplung unterscheiden. Relative Entkopplung bezeichnet jede Art von Abnahme der Materialintensität (oder der Emissionsintensität) der Wirtschaftsleistung. Sie deutet auf eine Effizienzverbesserung in der Wirtschaft hin, besagt aber nicht notwendigerweise, dass wir insgesamt weniger Materialien verbrauchen (oder weniger Schadstoffe emittieren). Mit absoluter Entkopplung wird die Situation bezeichnet, in der der Ressourcenverbrauch (oder die Emissionen) in absoluten Zahlen abnimmt, während die Wirtschaftsleistung weiterhin steigt.

Es versteht sich von selbst, dass wir in den meisten Fällen Letzteres brauchen, wenn wir die ökologischen Grenzen einhalten, Ressourcenknappheit vermeiden und dem Wachstumsdilemma entkommen wollen. (...)“ (S. 137)

„Letzteres“ ist also die Erforderlichkeit der absoluten Entkopplung. Eine lediglich relative Entkopplung ist in aller Regel nicht genügend! Insoweit abschließend stellt Jackson fest: „Wie die Überschrift dieses Kapitels schon andeutet, sind die Anhaltspunkte dafür, dass Entkopplung einen schlüssigen Ausweg aus dem Wachstumsdilemma bieten könnte, alles andere als überzeugend. Wir müssten bei

der Verbesserung der Ressourcen- und Emissionseffizienz bis zum Erreichen der CO₂-Ziele eine Geschwindigkeit vorlegen, die man gelinde gesagt nur als kühn bezeichnen kann, sollte die Wirtschaft weiterhin ohne Ende wachsen. Zudem geht das (...) weit über alles hinaus, was wir in der Geschichte bisher geleistet haben. (...)“ (S. 140)

c) Kohei Saito, 2023, Entkopplung

„Kurz gesagt findet eine relative Entkopplung von Wachstum und Emissionen in den letzten Jahren nicht statt. Somit bleibt der Traum von den Nullemissionen durch ausreichende absolute Entkopplung bis 2050 nichts weiter als das: ein Traum.

Und ja, es stimmt schon, dass sich einige Industrienationen seit dem Lehman-Schock in einer Periode längerer wirtschaftlicher Stagnation befinden und ihre Emissionsmenge somit auch zurückging. So ist beispielweise das BIP in Großbritannien zwischen 2000 und 2013 um 7 Prozent gestiegen, doch es gab eine Emissionsreduktion um 9 Prozent. Und auch in Deutschland und Dänemark findet absolute Entkopplung statt. Doch global gesehen nehmen die Emissionen wegen des bemerkenswerten Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern sogar zu. In Wirklichkeit hat die absolute Entkopplung Emissionen also nicht reduziert, sondern noch erhöht (...). (...) Es besteht also keine realistische Aussicht darauf, dass das Ziel von 2 Grad C durch ausreichende absolute Entkopplung auch nur annähernd erreicht werden kann. (...)

Es gibt jetzt wahrscheinlich Leute, die (...) denken, dass die globale Zunahme der CO₂-Emissionen die Schuld des rapiden Wirtschaftswachstums der Schwellenländer ist (...). (...) Die Aufmerksamkeit nur den CO₂-Emissionen der Industrieländer zu schenken, ist nämlich deswegen irreführend, weil ein beträchtlicher Teil der in China, Brasilien oder Indien gewonnenen Rohstoffe und produzierten Artikel in die Industrieländer exportiert und dort konsumiert wird.

Kurzum, die „Entkopplung nur zum Schein“ der Industrienationen hat negative Folgen (in diesem Fall die durch die Wirtschaft entstehenden CO₂-Emissionen), die in die Peripherien ausgelagert werden. (...) (S. 56, 57)

Eine ausreichende absolute Entkopplung ist eine Illusion, und egal ob sich Wirtschaftswachstum nun mit dem Wort „grün“ schmückt oder nicht, ist und bleibt es die Ursache weiterer Umweltbelastungen. Mit Klimaschutzmaßnahmen, die nach weiterem Wachstum verlangen, gibt es keinen Ausweg aus der globalen Klimakrise. (...)“ (S. 88)

Fußnote (Fn) 3 Michael Schäfers, 2017, Kreditvergabe / Verschuldung Unter der Zwischenüberschrift „Die ökologische Schuld der reichen Länder“ führt Schäfers aus: „Die soziale Ungerechtigkeit zeigt sich vor allem in den internationalen Beziehungen. So haben die reichen Länder eine „ökologische Schuld“ (Laudato si 2015, Ziff. 51.) auf sich geladen und messen dennoch mit einem unterschiedlichen Maß, was die soziale Spaltung zwischen den reichen und den armen Ländern verschärft. Das Finanzsystem der Kreditvergabe der reichen an die armen Länder ist „zu einem Kontrollinstrument geworden, das Gleiche gilt aber nicht für die ökologische Schuld. Auf verschiedene Weise versorgen die weniger entwickelten Völker, wo sich die bedeutendsten Reserven der Biosphäre befinden, weiter die Entwicklung der reichsten Länder, auf Kosten ihrer eigenen Gegenwart und Zukunft.“ (Laudato si, Ziff. 52.) Der Papst beschreibt so den „doppelten Prozess“ der Ausbeutung der armen Länder, der einerseits darin besteht, Zinsen für Kredite von den armen Ländern zu verlangen und Kredite durch Kredite zu ersetzen, um die Lasten tragen und die Verträge bedienen zu können. Aber damit ist es nicht getan, denn andererseits profitieren die reichen Länder etwa von billigen Rohstoffen und der Biosphäre der Länder des globalen Südens. (...)

Die ökologische Schuld, die die reichen Länder durch ihre Ausbeutung, vor allem aber durch ihre auf fossile Brennstoffe basierende verschwenderische Wirtschafts- und Lebensweise angesammelt haben, wird demgegenüber nicht beglichen, denn die Machtstrukturen des Welthandels sind zugunsten der reichen Länder etabliert. Schulden werden nur in eine Richtung eingetrieben. Der globale Süden hat das Nachsehen. Er verfügt über keine Machtmittel, um die ökologische Schuld „einzutreiben“. (...)“ (S. 29, 30)

Fußnote (Fn) 4

a) Duchrow / Hinkelammert, 2005 (2002), Eigentumswirtschaft / Eigentum

1. Bereits die biblischen Propheten erheben Protest

„Es ist (...) diese von der neuen Eigentumswirtschaft verursachte Fehlentwicklung in Gesellschaft und Staat, die den Protest der großen Propheten (...) hervorruft. Amos (...), Jesaja, Micha (...) klagen Recht (...) und Gerechtigkeit (...) ein, die durch das neue Eigentumsrecht verloren gehen. Vor allem aber wird mit der Abschaffung des Rechts der Armen und der Gerechtigkeit der Gott Israels selbst verworfen. Denn Gotteserkenntnis ist identisch mit dem Recht-Schaffen für die Armen (...). (...)“

Der Prophet Amos tritt in der Mitte des 8. Jahrhunderts (v. u. Z.) im Nordreich auf. Sein zentrales Thema ist die Gefährdung der Kleinbauern. Sie verlieren ihr

Gut durch Pfändung, werden als Überschuldete in die Schuldklaverei verkauft. Schuldklavinnen werden missbraucht (...), die Kleinbauern werden bei Kreditgeschäften betrogen (...), von ihnen werden Abgaben und Sühnegelder genommen (...). Das Recht, das die Armen schützen sollte, wird gebeugt (...). Auf der anderen Seite kritisiert der Prophet die Reichen, die sich an den Armen bereichern, von anderer Leute Arbeit leben und im Luxus prassen (...) Ihnen wird Unheil und Untergang angedroht (...).

Der Prophet Micha tritt am Ende desselben Jahrhunderts im Südreich Juda auf (...). Er prangert denselben Mechanismus Eigentum-Zins-Pfändung-Schuldklaverei an:

„Wehe, die Unrecht planen und Böses tun auf ihren Lagern:

Beim Morgenlicht führen sie es aus, denn es steht in ihrer Hände Macht.

Sie begehren Felder und rauben sie, Häuser, und nehmen sie.

Sie unterdrücken den Mann und sein Haus, den Menschen und seinen Erbesitz“ (...).

„Die Frauen meines Volkes vertreibt ihr aus dem Haus ihrer Wonne, ihren Kindern nehmt ihr meine Ehre für immer.

Auf! Geht! Denn hier habt ihr keine Ruhestätte mehr“ (...).

Auch der Prophet Jesaja im 7. Jahrhundert kritisiert die Enteignung der Bauernfamilien und die Akkumulation von Grundbesitz mit scharfen Worten:

„Wehe! Die Haus an Haus reihen, Feld an Feld fügen, bis kein Platz mehr ist und ihr allein ansässig seid inmitten des Landes“ (...).

Auch er nennt die sich bereichernden Grundbesitzer „Diebe“ (...) und das Pfänden des Landes verschuldeter Bauern „Raub des Elenden“ (...). Auch er sagt ihnen die Verödung ihrer Beute voraus (...). (...)“ (S. 25-27)

2. Duchrow/Hinkelammert konstatieren: „Insbesondere durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung wird dann nach 1929 möglich, der liberalen umfassenden Eigentumsgarantie eine auf das Gemeinwohl bezogene Sozialpflichtigkeit hinzuzufügen, die heute umfassender als Lebenspflichtigkeit bezeichnet werden muss. (...) Die Globalisierung hat demgegenüber das einzige Ziel, die Akkumulation des Kapitaleigentums von allen sozialen und ökologischen Hindernissen zu befreien. Damit bewegen wir uns auf eine globale Diktatur des Eigentums zu. Das Ergebnis ist der totale Markt, der dabei ist, nicht nur das Leben auf dieser Erde zu zerstören, sondern dadurch auch seine eigenen Grundlagen.“ (S. 11)

b) Christian Z e l l e r, Mai 2023, Eigentum

„(...) die Macht des Kapitals gründet sich primär auf dem Eigentum und der Verfügungsgewalt über die großen Produktionseinrichtungen. Auch wenn Regierungen wechseln, bestehen die grundlegenden Machtverhältnisse und Machtstruktu-

ren fort. Die entscheidende Frage ist hierbei, ob es den sozialen Bewegungen und den organisierten Lohnabhängigen gelingt, ihre eigenen Strukturen und Organe aufzubauen, die in der Lage sind, das Kräfteverhältnis so weit zu verändern, dass den Kapitaleigentümer:innen nichts Anderes übrigbleibt, als ihre Kontrolle über die Produktionsmittel teilweise aufzugeben. Gesellschaftliche Aneignungsprozesse treten mit grundlegenden Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise in Konflikt, da sie das Eigentum des Kapitals über Produktionsmittel antasten, unterminieren und schließlich sogar aufheben. (...)“ (S. 133)

c) Jess Spear, Mai 2023, private Eigentumsrechte

„Doch solange private Eigentumsrechte aufrechterhalten werden, damit Konzerne ungestraft mit Wäldern, Land und Wasser machen können, was sie wollen, und solange Staaten in ihrem Interesse gegen unsere Interessen handeln, ob nun Männer oder Frauen Hand anlegen, wird weiter die Natur zerstört, das Klima gestört, und Frauen werden unverhältnismäßig stark darunter leiden (wobei arme, schwarze und braune sowie marginalisierte Frauen am schlimmsten leiden).“ (S. 82, 83)

Fußnote (Fn) 5 Eigentum

a) Papst Franziskus, „Ansprache vor den Teilnehmern am Welttreffen der sozialen Bewegungen“, Rom, 28. Oktober 2014,

Privateigentum / Landbesitz / Landraub / Vertreibung

„Brüder und Schwestern, die Schöpfung ist kein Eigentum, über das wir nach eigenem Gutdünken verfügen können. Und schon gar nicht ist sie das Privateigentum einiger weniger. Die Schöpfung ist eine Gabe, ein Geschenk, ein wunderbares Geschenk, das Gott uns gegeben hat, damit wir uns darum kümmern und es immer mit Respekt und Dankbarkeit zum Wohle aller nutzen. Ihr wisst vielleicht, dass ich an einer Enzyklika über Ökologie arbeite: Seid dessen gewiss, dass eure Anliegen darin enthalten sein werden. Ich nutze diesen Moment, um euch zu danken für euren Brief, den mir die Mitglieder der Via Campesina, der Förderung der Cartoneiros und viele andere Geschwister dazu übergeben haben.

Wir sprechen über Landbesitz, Arbeit und Dach über dem Kopf (...) Wir sprechen über die Arbeit für Frieden und die Bewahrung der Natur (...) Aber warum schauen wir dann immer noch zu, wie menschenwürdige Arbeit beseitigt, so viele Familien aus ihren Häusern vertrieben, Campesinos ihrer Länder beraubt, Kriege geführt werden und die Natur misshandelt wird? Weil man in diesem System den Menschen, die menschliche Person, aus der Mitte gerückt und sie durch etwas anderes ersetzt hat. Weil man dem Geld einen götzendienerischen Kult widmet. Weil man die Gleichgültigkeit globalisiert hat! Man hat die Gleichgültigkeit globalisiert nach dem Motto: Was geht mich das an, wie es anderen geht, wenn ich mich doch

um mich selbst zu kümmern habe? Denn die Welt hat den Gott vergessen, der Vater ist. Sie ist wieder eine Waise geworden, weil sie Gott beiseitegeschoben hat.“ (S. 250 / Anhang: Dokumente in 'Diese Wirtschaft tötet', Franz Segbers/Simon Wiesgickl (Hrsg.), VSA, 2015)

b) Michael Schäfers, 2017, „Laudato si“: Auf dem Fundament der Tradition der Eigentumslehre (...)

Die menschlichen Gemeinschaften dürfen sich von den Erdengütern aneignen, was sie zum Überleben benötigen, haben aber gleichzeitig die Verpflichtung, diese für die nachkommenden Generationen zu erhalten und zu schützen. (...) Das Recht auf Land muss garantiert werden. Privateigentum muss allen zugänglich sein und darf niemandem vorenthalten werden.

Damit stellt sich „Laudato si“ (...) dem „Ausschluss“ der Armen bzw. Nichtbesitzenden durch Privateigentumsrechte entgegen. Legitim ist dieses Recht nur insofern, als dass es als „offenes Recht“ von allen erlangt und ausgeübt werden kann. Privateigentum darf kein Recht für wenige sein, sondern muss als „Recht für alle“ gelten. (S. 84, 85)

Die Umwelt als kollektives Gut

„Laudato si“ stellt grundlegend dazu fest: „Die Umwelt ist ein kollektives Gut, ein Erbe der gesamten Menschheit und eine Verantwortung für alle. Wenn sich jemand etwas aneignet, dann nur, um es zum Wohl aller zu verwalten. Wenn wir das nicht tun, belasten wir unser Gewissen damit, die Existenz der anderen zu leugnen. Deshalb haben die Bischöfe von Neuseeland sich gefragt, was das Gebot 'du sollst nicht töten' bedeutet, wenn 'zwanzig Prozent der Weltbevölkerung Ressourcen in solchem Maß verbrauchen, dass sie den armen Nationen und den kommenden Generationen das rauben, was diese zum Überleben brauchen'.“ (Laudato si 2015, Ziff. 95.) (...)

Privateigentum nicht im Sinne des Gemeinwohls zu nutzen, ist Raub! Denn: Das so falsch angewendete Eigentumsrecht „raubt“ das Überleben der anderen und schädigt es damit unwiederbringlich.“ (S. 86, 87)

Fußnote (Fn) 6

Der Stoffwechsel der Natur und der Gesellschaft. John Bellamy Foster, 2024 „Unter dem Einfluss Liebig's, den er sehr genau studiert (...) hatte, entwickelte Marx eine systematische Kritik der kapitalistischen „Ausbeutung“ des Bodens (im Sinne von Raub, das heißt des Unvermögens, die Reproduktionsmittel zu erhalten). (...) Folglich endeten beide wichtigen Erörterungen von Marx über die kapitalistische Landwirtschaft mit Erklärungen darüber, wie die große Industrie und die große Landwirtschaft zusammen zur Verarmung von Boden und der Arbeiter*in-

nen führten. Ein großer Teil dieser Kritik wurde von Marx in einer bemerkenswerten Passage am Ende seiner Darlegung der „Genesis der kapitalistischen Grundrente“ im dritten Band des Kapitals zusammengefasst, in der er schrieb:

„(D)as große Grundeigentum (reduziert) die agrikole Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen; es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebnen Stoffwechsels, infolge wovon die Bodenkraft verschleudert und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eignen Landes hinausgetragen wird. (Liebig.) (...) Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.“ (Marx, Kapital Bd. III, S. 821)

Marx lieferte eine damit eng verwandte und ebenso wichtige Zusammenfassung seiner Kritik der kapitalistischen Landwirtschaft in seiner Diskussion der „Große(n) Industrie und Agrikultur“ im ersten Band des Kapitals:

„Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmiteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. (...) Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandnen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen. (...) Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt in Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.(...) Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx, Kapital Bd. I, S. 529-30.)

Was diesen beiden Passagen aus Marx' Kapital (...) gemein ist, ist die zentrale theoretische Vorstellung eines „Risses“ im „Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde“, das heißt, dem „gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebnen Stoffwechsel“. Dieser Widerspruch entwickelte sich durch das gleichzeitige Wachstum der Großindustrie und der Großlandwirtschaft im Kapitalismus, wobei die erstere der letzteren die Mittel für die intensive Ausbeutung des Bodens bereitstellte. (...)

Das deutsche Wort „Stoffwechsel“ (dt. im Original) beinhaltet bereits die Vorstellung des „stofflichen Austausches“, die der Vorstellung strukturierter Prozesse biologischen Wachstums und Verfalls zugrunde liegt, welche wiederum mit dem Begriff „Stoffwechsel“ erfasst werden. In seiner Bestimmung des Arbeitsprozesses machte Marx den Begriff des Stoffwechsels zu einer zentralen Kategorie seines gesamten Analysensystems, indem er sein Verständnis des Arbeitsprozesses auf ihn gründete. Daher benutzte Marx in seiner Bestimmung des Arbeitsprozesses im Allgemeinen (...) den Begriff des Stoffwechsels, um das menschliche Verhältnis zur Natur durch Arbeit zu beschreiben:

„Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. (...) Der Arbeitsprozeß (...) ist (...) allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens.“ (Marx, Kapital Bd. I, S. 192, 198.) (...)

Vor allem aber ermöglichte es der Begriff des Stoffwechsels Marx die Idee der Entfremdung von der Natur (und ihr Verhältnis zur Entfremdung von der Arbeit), die seiner Kritik von seinen frühesten Schriften an wesentlich war, auf konkrete Art und Weise auszudrücken. Wie er in den Grundrissen erklärte:

„Nicht die Einheit der lebenden und tätigen Menschen mit den natürlichen, unorganischen Bedingungen ihres Stoffwechsels mit der Natur und daher ihrer Aneignung der Natur - bedarf der Erklärung oder ist Resultat eines historischen Prozesses, sondern die Trennung zwischen diesen unorganischen Bedingungen des menschlichen Daseins und diesem tätigen Dasein, eine Trennung, wie sie vollständig erst gesetzt ist im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital.“ (Marx, Grundrisse, S. 397.)

Darin war die Essenz der gesamten Marx'schen Kritik des entfremdeten Charakters der bürgerlichen Gesellschaft enthalten. (...)

In Anbetracht der zentralen Bedeutung, die Marx dem Begriff des Stoffwechsels beimaß - als den komplexen wechselseitigen Prozess, der die Menschen durch die menschliche Arbeit mit der Natur verbindet - sollte es nicht überraschen, dass dieser Begriff auch in Marx' Vorstellung einer zukünftigen Gesellschaft der assoziierten Produzent*innen eine bedeutende Rolle spielte:

„Die Freiheit in diesem Gebiet (dem Reich der Naturnotwendigkeit)“, schrieb er im dritten Band des Kapitals,

„kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichsten Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.“ (Marx, Kapital Bd. III, S. 828.) (...)

Marx nutzte den Begriff des „Risses“ im Stoffwechselverhältnis von Mensch und Erde, um die materielle Entfremdung der Menschen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft von den natürlichen Bedingungen zu fassen, welche die Grundlage ihrer Existenz darstellen (...).

Marx bestand darauf, dass die kapitalistische Gesellschaft einen solchen metabolischen Riss zwischen Menschen und dem Boden geschaffen hatte, und argumentierte so, dass die Naturbedingungen der Nachhaltigkeit zerstört worden waren. „Die kapitalistische Produktion“, schrieb Marx, „wirft sich erst auf Land, nachdem ihr Einfluß es erschöpft und seine Naturgaben verwüstet hat.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil, MEW 26.3, Berlin: Dietz, 1972, S. 295.) Dies bezog sich aber nicht nur auf das Verhältnis zum Boden, sondern auch auf den Antagonismus zwischen Stadt und Land. (...)

Für Marx war der metabolische Riss, der auf der gesellschaftlichen Ebene mit der antagonistischen Trennung von Stadt und Land verbunden war, ebenso auf einer globaleren Ebene offensichtlich: Ganze Kolonien mussten zusehen, wie ihr Land, ihre Ressourcen, und ihr Boden (aus)geraubt wurden, um die Industrialisierung der kolonisierenden Nationen zu unterstützen. (...)

Die Schlussfolgerung ist also unvermeidbar, dass Marx' Sichtweise der kapitalistischen Landwirtschaft und des metabolischen Risses im naturbedingten Verhältnis des Menschen zum Boden ihn zu einem weitergefassten Begriff der ökologischen Nachhaltigkeit geführt hatte - eine Vorstellung, von der er meinte, sie habe wenig praktische Relevanz in der kapitalistischen Gesellschaft, da diese nicht in der Lage war, rationale wissenschaftliche Methoden auf diesem Gebiet anzuwen-

den. Jedoch war diese Vorstellung für die Gesellschaft der assoziierten Produzent*innen unerlässlich.

„Aber die Abhängigkeit der Kultur der besondern Erdprodukte von den Schwankungen der Marktpreise, und der beständige Wechsel dieser Kultur mit diesen Preisschwankungen, der ganze Geist der kapitalistischen Produktion, der auf den unmittelbaren nächsten Geldgewinn gerichtet ist, widerspricht der Agrikultur, die mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen zu wirtschaften hat.“ (Marx, Kapital Bd. III, S. 630.)

Marx' Betonung der Notwendigkeit, die Erde zum Wohle der „sich verkettenden Menschengenerationen“ zu erhalten (ein Gedanke, dem er bereits in den frühen 1840ern in Proudhons Was ist Eigentum? begegnete), fasst eben gerade das Wesen der heutigen Vorstellung einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie bekannterweise durch die Brundtland-Kommission als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ definiert wurde. Auch Marx brachte dies auf den Punkt, indem er schrieb, die „selbstbewußte_rationelle_Behandlung des Bodens als des gemeinschaftlichen ewigen Eigentums“ sei die „unveräußerliche_Existenz- und Reproduktionsbedingung der Kette sich ablösender Menschengeschlechter.“ (Marx, Kapital Bd. III, S. 820.)

In einer wahrlich bemerkenswerten Passage des Kapitals schrieb Marx:

„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

(Marx, Kapital Bd. III, S. 784.) (...) “ (S. 261-276)

Fußnote (Fn) 7 Gebot, dass fossile Energieträger im Boden bleiben
Daniel T a n u r o, 2015, 2019

„Um den Übergang zu 100 % erneuerbaren Energien innerhalb von zwei Generationen zu schaffen, muss die Energiebranche zweifellos vergesellschaftet werden. Sonst setzen die Kapitalist:innen durch, dass die gigantischen Reserven an fossilen Energieträgern, die ihnen gehören, so lange wie möglich genutzt werden.“ (...)

„Es sei daran erinnert, dass zwei Drittel bis vier Fünftel der bekannten fossilen Reserven im Boden bleiben müssen, wenn wir wenigstens eine Chance von 60% haben wollen, dass die globale Erwärmung der Atmosphäre bis Ende des Jahrhun-

derts nicht stärker als 2 Grad C - gemessen am Beginn des industriellen Zeitalters - steigt.“

<https://www.sozonline.de/2015/07/was-ist-oekosozialismus/>

<https://www.sozialismus.ch/theorie/2015/okologie-was-ist-okosozialismus/>

Daniel T a n u r o, 2021

„ (...) bei den fossilen Infrastrukturen (Bergwerke, Pipelines, Raffinerien, Gasterminals, Kraftwerke usw.), deren Bau sich nicht oder kaum verlangsamt, handelt es sich um Großanlagen, in die etwa 40 Jahre lang Kapital investiert wird; ihr ultrazentralisiertes Netz kann nicht an die erneuerbaren Energien angepasst werden (diese erfordern ein anderes, dezentrales Energiesystem): (...), und die Kohle-, Erdöl- und Erdgasreserven müssen in der Erde bleiben.“

<https://www.inprekorr.de/598-ipcc.htm>

Die Feststellung/Forderung von Tanuro: 'und die Kohle-, Erdöl- und Erdgasreserven müssen in der Erde bleiben' ist inhaltlich übereinstimmend mit der Aussage von Brand/Wissen, 2024, auf Seite 168: „Es ist dringend geboten, dass fossile Energieträger im Boden bleiben (...).“

Fußnote (Fn) 8 R ü c k b a u

a) Michael S c h ä f e r s, 2017, 'gewisser' „Rückgang“

„Die Enzyklika wendet sich gegen die Vorstellungen eines unendlichen und fortschreitenden Wachstums, denn dem Wachstum sind natürliche Grenzen gesetzt, die bereits in weiten Teilen überschritten worden sind. (Vgl. Laudato si 2015 insb. Ziff. 106, 109, 141.)

Deshalb hält es der Papst für vertretbar, dass bestimmte (reiche) Länder auch einen gewissen „Rückgang“ (...) des Wachstums akzeptieren müssen, damit andere (arme) Länder Wachstum, verbunden mit einem sozialen und moralischen Fortschritt, erzielen können. Damit weisen die Aussagen des Papstes in Richtung einer politischen Ökonomie, die die wohlhabenden Länder auf eine Zukunft mit abnehmendem Wachstum bzw. ohne Wachstum vorbereiten und die sozialökonomischen Probleme nicht über Zuwächse, sondern verteilungspolitisch lösen will. (...)

Akzeptabel ist aber nur ein Wachstum, das die nachhaltige Entwicklung fördert und Mensch und Natur nicht schädigt, also ein „sozialethisch legitimes Wachstum“. (...)

Eine der entscheidenden Passagen in „Laudato si“ lautet: „Wenn in einigen Fällen die nachhaltige Entwicklung neue Formen des Wachstums mit sich bringen wird, muss man immerhin in anderen Fällen angesichts des unersättlichen und unverantwortlichen Wachstums, das jahrzehntelang stattgefunden hat, auch daran denken, die Gangart ein wenig zu verlangsamen, indem man einige vernünftige

Grenzen setzt und sogar umkehrt, bevor es zu spät ist. Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“ (Laudato si 2015, Ziff. 193.) (...)

Die Reichen müssen verzichten, damit wachsen kann, was den Armen nützt.

Der Überfluss im reichen Norden muss zurückgefahren und aufgegeben werden, damit die Not im globalen Süden beseitigt wird und die Menschenwürde bzw. ein menschenwürdiges Leben für die Armen wachsen kann. (...)“ (S. 30, 31)

b) Daniel T a n u r o, Juni 2022, 'drastischer' Rückgang

„Man muss den Stier bei den Hörnern packen, die Aussage wagen, dass in den entwickelten kapitalistischen Ländern im Durchschnitt eine Verringerung von Produktion, Transport und Konsum eine notwendige Bedingung für ein besseres Leben darstellt.

Es versteht sich von selbst, dass auch diese Vorbedingung weit davon entfernt ist ausreichend zu sein, wenn sie nicht den Kampf gegen soziale Ungleichheit in Betracht zieht. Sie muss folglich mit einer Umverteilung der vorhandenen Arbeit Hand in Hand gehen (radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit; ohne Einkommenseinbuße, mit einer Senkung der Arbeitsnormen und zusätzlichen Einstellungen) und einer Umverteilung der Reichtümer - durch Besteuerung, den Erlass illegitimer Schulden, der Ausweitung des öffentlichen Sektors und dem kostenlosen Zugang zu einer Grundversorgung - ohne die Millionen Menschen arbeitslos blieben, weitere Millionen ihre Arbeit verlören und einem großen Teil der Gesellschaft lebensnotwendige Einkünfte und Dienstleistungen vorenthalten würden. (...)

Gegenwärtig befassen wir uns mit folgender Schlussfolgerung: ein drastischer Rückgang des Energieverbrauchs in den entwickelten Ländern ist eine Bedingung sine qua non, damit das Mögliche die Verwirklichung des Notwendigen erlaubt, und dieser Rückgang impliziert gleichzeitig eine gewisse Senkung der Produktion wie auch des Güterverkehrs. Das ist jedoch völlig inkompatibel mit den Gesetzen des Kapitalismus. (...)

„Ein stagnierender Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich“, sagte der Ökonom Schumpeter. (...)“ (S. 93, 94)

c) Christian Z e l l e r, Mai 2023, 'notwendiger' Rückbau

„Der notwendige Rückbau und die Konversion von Industrien erfordern Planung. Nur mit gesellschaftlicher Planung lässt sich dieser umfangreiche Prozess so gestalten, dass er nicht mit großer Arbeitslosigkeit, der Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung und umfassender Armut einhergeht. Auch die gesellschaftliche

Aneignung der strategischen Wirtschaftssektoren macht nur in Verbindung mit demokratischer Planung wirklich Sinn. Denn wenn die sozialisierten Betriebe nicht wie private Unternehmen in Konkurrenz zueinander gestellt werden, muss es einen Allokationsmechanismus geben, der über den Markt hinausweist.

Unter gesellschaftlicher Planung verstehe ich einen offenen Prozess und eine öffentliche Auseinandersetzung über mögliche erwünschte Zustände und die Maßnahmen, die zu treffen sind, um diese Ziele zu erreichen. Dieser Prozess erfordert, dass die Beschäftigten und Bürger:innen in demokratisch legitimierten Strukturen alternative Szenarios und Optionen ausarbeiten und in gesellschaftlichen Debatten einander gegenüberstellen. Sie müssen die Prozesse selbst aktiv gestalten und beschließen. Diese alternativen Optionen sind in demokratischen Entscheidungsprozessen zu bestimmen. Hierfür braucht es allerdings auch die geeigneten Räteinstitutionen (...).“ (S. 126)

d) Bruno Kern, 2024, ökonomische Abrüstung / 'unumgänglicher' Rückbau „Eine nachhaltige, die elementaren Lebensgrundlagen sichernde Wirtschaft darf nicht nur nicht wachsen, sie muss schrumpfen mit dem Ziel, ein verträgliches Niveau des „steady state“, das heißt eines stationären Gleichgewichts, zu erreichen. Natürlich ist dies mit der dem Kapitalismus eingeschriebenen Wachstumslogik nicht mehr zu vereinbaren. Die erforderliche ökonomische Abrüstung kann nur in bewusster Planung erfolgen. Die Rohstoff- und Energieverknappung und das Einhalten ökologischer Mindeststandards führen unweigerlich zum Wegbrechen ganzer Industriebranchen. „Marktkonforme“ Steuerungsversuche müssen hier zwangsläufig versagen. Eine Steuerung des Ressourcenangebotes sowie Mengenregulierungen für Energie und Rohstoffe müssen mit Preiskontrollen und einer Rahmenplanung einhergehen, die Produktion und Verbrauch lenkt. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss - auf möglichst demokratische und partizipative Weise - bewusst organisiert werden. (...)

Wir sind auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, den unumgänglichen Rückbauprozess möglichst rasch und konsequent einzuleiten, und zwar mit den Instrumenten, die uns jetzt zur Verfügung stehen. Es wäre purer Zynismus, auf den Zusammenbruch oder die Überwindung des Systems zu warten. Wenn wir uns überhaupt noch Gestaltungsspielräume offen halten und in naher Zukunft nicht nur Katastrophen verwalten wollen, dann gilt es, unter den derzeitigen Bedingungen und im Rahmen unseres politischen Systems die Veränderungen zu erreichen, die uns vor einem völligen Kollaps bewahren. Umgekehrt gilt: Je konsequenter wir für diese (...) Maßnahmen politischen Druck aufbauen, umso mehr treiben wir damit

das kapitalistische System in die Enge und umso größer werden die Aussichten auf dessen Überwindung. (...)“ (S. 126, 127)

e) Saral S a r k a r, 2024, 'Prozess der Schrumpfung'

„Es sind konkrete und erfahrbare Grenzen der Tragfähigkeit der Erde:

1. Grenzen des Zugangs zu billigen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen, die für die industrielle Produktion benötigt werden; 2. Grenzen der Fähigkeit unserer natürlichen Umwelt, die von den Menschen produzierten Schadstoffe wie CO₂ zu absorbieren bzw. zu neutralisieren, d.h. Grenzen der Funktion der Erde als Schadstoffsенke (...).

Doch diese Grenzen sind nicht nur eine Schranke der kapitalistischen Produktion, sondern jeglicher Art von industrieller Produktion, auch einer sozialistischen. Und alle ökologisch informierten Menschen kennen vermutlich die Aussagen seriöser WissenschaftlerInnen, die feststellen, dass wir viele dieser Grenzen bereits überschritten haben. Und Berichte von Journalisten machen deutlich, dass viele der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaften bereits kollabiert sind und viele andere recht schnell auf den Zusammenbruch zusteuern: Somalia, die zentralafrikanische Republik, Griechenland, Bolivien, Mexiko, Venezuela, usw. (...) (S. 27, 28)

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist noch nicht untergegangen, weil sie bis heute der Entwicklung aller Produktivkräfte genug Raum gewährt hat. Doch heute ist diese Frage irrelevant. Denn vor dem Hintergrund der weltweiten ökologischen Krise und der rasch schwindenden Ressourcen muss die Weltwirtschaft und müssen insbesondere die fortgeschrittenen industriellen Ökonomien auf ein nachhaltiges Maß schrumpfen. Darin besteht heute die Aufgabe. (...)“ (S. 31)

Jonathan R u t h e r f o r d gelangt in „Was ist Ökosozialismus?“ von Saral Sarkar, 2024, zu folgender Aussage: „Sarkar führt drei Gründe dafür an (im Detail in seinen beiden Büchern: Sarkar 2001 und Sarkar 2010 ausgeführt), warum ein sozialistisches Wirtschaftsmodell wesentlich für einen sozial gerechten und geordneten Prozess der Schrumpfung sein wird:

1. Die Schrumpfung der Wirtschaften der Welt muss geordnet vor sich gehen, sonst wird es unerträgliche Zusammenbrüche ganzer Gesellschaften geben. Nur in einer geplanten Wirtschaft wird eine geordnete Schrumpfung möglich sein, nicht in einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Die in einer schrumpfenden Wirtschaft notwendige Rationierung von wichtigen, aber knappen Gütern ist in einer geplanten Wirtschaft leicht möglich, nicht aber in einer freien Marktwirtschaft. 2. Nur in einer sozialistischen politischen Ordnung kann mittels egalitärer Verteilung die breite Akzeptanz für die notwendige wirtschaftliche Schrumpfung erreicht werden. 3. Nur in einer geplanten sozialistischen Wirtschaft kann das Problem der Arbeits-

losigkeit gelöst werden, die sonst in einer schrumpfenden Wirtschaft immer akuter werden würde. Da kann die Wirtschaft bewusst arbeitsintensive Technologien und Methoden benutzen, die zudem weniger Ressourcenverbrauch verursachen. (Sarkar 2010, 349) (...)“ (S. 123, 124)

Fußnote (Fn) 9 Solidarität

a) Michael Schäfers, 2017

Michael Schäfers zeigt in seinem Buch „Wie Papst Franziskus Politik macht - Zur Sozialenzyklika „Laudato si““ auf, welchen Begriff von 'Solidarität' Papst Franziskus als zielführend ansieht. Schäfers: „... Solidarität, die gegenüber dem Domestizierungsprojekt des globalen Kapitalismus die entscheidende Ressource im Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Bevormundung ist. Genau in diese Richtung und in dieser Abgrenzung definiert Papst Franziskus seine Vorstellung von Solidarität. Zur Bedeutung des Wortes „Solidarität“ führt er aus: „Es meint, dass man denkt und handelt im Sinne von Gemeinschaft, dass das Leben aller wichtiger ist als die Güteranhäufung einiger weniger. (Solidarität) meint auch, die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, wenn Arbeitsplätze fehlen, Land oder Wohnraum nicht zur Verfügung stehen, wenn Sozial- und Arbeitsrechte vorenthalten werden. (Solidarität meint), sich zu konfrontieren mit den zerstörerischen Auswirkungen des Imperiums des Geldes: Zwangsumsiedlungen, leidvolle Migration, Menschenhandel, Drogen, Krieg, Gewalt und all jene Realitäten, unter denen viele von euch leiden und die zu ändern wir alle aufgerufen sind. Solidarität, in ihrer tiefsten Bedeutung, meint eine bestimmte Art, Geschichte zu gestalten. Und das ist es, was die Sozialen Bewegungen praktizieren.““ Schäfers: „Geld und Macht haben oftmals verheerende Folgen, Solidarität ist das Mittel der Armen und ihrer Bewegungen, um Gegenmacht aufzubauen und wirksam werden zu lassen. Denn die Betroffenen haben gar keine andere Wahl, denn über Geld und Macht verfügen sie nicht. Was ihnen bleibt, ist Solidarität, der Aufbau solidarischer Strukturen, kleiner Bewegungen, denen der Papst eine hohe Dignität und Unmittelbarkeit bescheinigt: „Ihr steht mit euren Füßen auf dem Erdboden und berührt mit euren Händen Fleisch und Blut. Ihr riecht nach Elendsviertel, nach kleinen Leuten, nach Einsatz! Wir wollen, dass eure Stimme gehört werde. In der Regel hört man wenig auf sie. Vielleicht, weil sie ärgert, vielleicht, weil ihr Protestschrei unbequem ist, vielleicht, weil man Angst vor der Veränderung hat, die ihr fordert. Aber ohne eure Mitwirkung, ohne tatsächlich an die Peripherien zu gehen, bewegen sich alle guten Vorschläge und Projekte, von denen wir oft auf internationalen Konferenzen hören, nur im Reich der Ideen, bleibt es nur

ein Projekt.“ Schäfers: „Hier ist es wieder, das Programm des Papstes: An die Peripherien gehen und die Tat der weltverändernden Solidarität in den Mittelpunkt der dringend notwendigen Weltveränderung stellen - mit den und für die Armen (...).“ (S. 45, 46 und 136, Fn 95 Alle Zitate entnommen: <https://www.itpol.de/?p=149>; 15.10.2015; vgl. auch PuFo Dossier 2014.)

N e u:

<https://www.itpol.de/?s=Der+Begriff+der+Solidarität+bei+Papst+Franziskus>

<https://www.itpol.de/erklaerung-des-welttreffens-sozialer-bewegungen-und-rede-von-franziskus/>

<https://www.itpol.de/?s=Papst+Franziskus+eine+Handlungsanleitung>

b) Jess S p e a r, Mai 2023, solidarisch sein / sich organisieren

„Wie der Treibstoff für den Motor ist der Profit das, was den Kapitalismus antreibt, und aller Profit kommt von unserer Arbeit am Arbeitsplatz. Ob wir Böden putzen, die Kasse bedienen oder die Maschinen am Fließband bedienen - unsere Arbeit hält das kapitalistische System am Laufen. Wenn wir uns entscheiden, kollektiv aktiv zu werden, unsere Arbeit zu verlangsamen oder (...) sogar zu streiken, kämen Unternehmen, Städte und sogar ganze Länder zum Stillstand. Das bedeutet, dass Arbeiter*innen, die die ausgebeutete und unterdrückte Mehrheit bilden, eine enorme potentielle Macht haben, wenn sie organisiert sind.

Arbeiterinnen haben an der Seite der Männer an ihren Arbeitsplätzen ihre Macht genutzt, um sich wie die Arbeiterinnen bei McDonald's gegen den Sexismus zu wehren, den sie erfahren, und um wie die Lehrer*innen in (dem US-amerikanischen Bundesstaat) West Virginia gegen Big Oil vorzugehen. Als die irische Krankenschwestern- und Hebammengewerkschaft INMO 2019 in den Streik trat, machte sie deutlich, dass ihre Forderungen nach Bezahlung und Weiterbeschäftigung direkt mit der unzureichenden Gesundheitsversorgung zu tun haben, die wir erhalten, und obwohl sie nicht alle Forderungen durchsetzen konnten, haben sie mehr gewonnen, als die Regierung ursprünglich angeboten hatte. Wir müssen uns auf diese und zahllose andere Beispiele aus der Geschichte stützen, unsere Verbindungen in den Betrieben wie auch in der Gemeinschaft stärken und uns organisieren, um den patriarchalen Kapitalismus in Frage (zu) stellen, wo immer er das Leben, die Gesellschaft und unsere Umwelt angreift.“ (S. 83, 84)

c) Kohei S a i t o, 2023, internationale Solidarität

„Allerdings heißt es, dass die bei der Verwendung von synthetischen, aus Kohle gewonnenen Kraftstoffen anfallende Treibhausgasmenge fast doppelt so hoch ist wie bei herkömmlichem Öl. Für die Umweltkrise ist dies also eine tödliche Auslagerungstechnik.

Daher verwundert es nicht, dass südafrikanische Umweltaktivisten wegen der hohen Umweltbelastung, für die Sasol verantwortlich ist, eine Stilllegung der Firma fordern. (...) Vishwas Satgar, (...) einer der führenden Aktivisten der SAFSC (South Afrika Food Sovereignty Campaign), rief unter dem Slogan „We Can't Breathe!“ (Wir können nicht atmen!) zur internationalen Solidarität auf, anstatt das Problem als ein rein südafrikanisches zu behandeln. Satgar und andere Aktivisten lenkten die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass Sasol in die petrochemische Industrie der US-amerikanischen Stadt Lake Charles investierte. Dieses Projekt würde natürlich auch für die USA eine große Menge an CO₂-Emissionen bedeuten. Die Forderung der Stilllegung von Sasol zeigte also, dass der Klimawandel auch die Menschen in den USA betrifft und daher ein Problem ist, das man sich teilt. So richtete sich der Aufruf zur Solidarität an Bewegungen wie das Sunrise Movement, Fridays for Future oder Black Lives Matter.

Es blieb aber nicht bei einem simplen Aufruf für mehr internationale Solidarität gegen CO₂-Emissionen. Genauer gesagt, ist es ein Aufruf des globalen Südens an die entwickelte Welt, sich auf die Geschichte des Imperialismus - der deutschen Nazis, der britischen Apartheid in Südafrika oder der US-Ölindustrie - zu besinnen und mit dem negativen Erbe des Kapitalismus zu brechen. So wird zu globaler Solidarität aufgerufen, um sich der imperialen Produktionsweise zu stellen. (...)

Die südafrikanische Umweltbewegung prangert an, (...) dass die Menschen unter der von der petrochemischen Industrie verursachten Luftverschmutzung leiden. (...)

Menschenrechte, Klima, Gender und Kapitalismus: All diese Probleme hängen miteinander zusammen. Solche Aufrufe hört man nicht nur aus Südafrika, sondern von Bewegungen aus der ganzen Welt. (...) (...) Klimagerechtigkeit kann niemals durchgesetzt werden, wenn wir auf solche Aufrufe nicht reagieren.

Der späte Marx kritisierte die englische Kolonialherrschaft über Irland, sagte gleichzeitig aber auch, dass sich die englischen Arbeiter mit der unterdrückten irischen Bevölkerung solidarisieren müssten. Erstere könnten ohne die Befreiung der Letzteren nämlich auch nicht frei werden (...). (...)“ (S. 260-262)

Fußnote (Fn) 10 Demokratisierung / Vergesellschaftung / Was ist zu tun?
Daniel T a n u r o, Juni 2022 : „Der gesunde Menschenverstand - oder besser gesagt unser Überlebensinstinkt - verlangen von uns, so schnell wie möglich und so demokratisch wie möglich - unter den Bedingungen sozialer und klimatischer Gerechtigkeit, also durch radikalen Abbau der durch den Neoliberalismus geschaffenen skandalösen sozialen Ungleichheiten - einen weltweiten Notfallplan zur Ret-

tung des Klimas und der Biodiversität zu erarbeiten. Dieser Plan müsste die (entschädigungslose) Sozialisierung der Energieproduktion und der Banken vorsehen, denn nur dadurch kann der Klimakrise ein Riegel vorgeschoben werden. Alle unnützen und schädlichen Produkte (Kriegswaffen z.B.) und Transporte müssten verboten werden, denn das ist das einfachste Mittel, die Emissionen schnell und drastisch zu reduzieren. Dadurch würden wir einen Manövrierspielraum gewinnen, um in die Energieeffizienz zu investieren (etwa in die Gebäudesanierung und -isolierung), sowie den Aufbau eines neuen Energiesystems, was zu 100 Prozent auf den Erneuerbaren beruht. Im Rahmen dieses Plans müssten das Agrobusiness, die Fleischindustrie, die industrielle Fischerei und Forstwirtschaft durch ökologischen Landbau, kleine Fischereien, Weidewirtschaft und ökologische Forstwirtschaft ersetzt werden. Diese tiefgreifenden Veränderungen mit dem Ziel der Ernährungs- und Energiesouveränität würden es gleichzeitig ermöglichen, die Emissionen massiv zu reduzieren, die Biodiversität zu schützen, die Gesundheit der Menschen zu verbessern und einige hundert Millionen sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen.

Dieser Plan verlangt einen völligen Wechsel des Paradigmas. Der Profit muss zugunsten der wirklichen Bedürfnisse verschwinden, der Produktivismus muss der Sorge um die menschlichen und nicht-menschlichen Lebewesen weichen. Die vom Kapitalismus, dem Kolonialismus und dem Patriarchat angerichteten Schäden müssen beseitigt werden. Das bedeutet auch, dem globalen Süden die Mittel zu einer fossil-freien Entwicklung zu geben (...). (...)“ (S. 186)

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

Brand, Ulrich / Wissen, Markus, „Kapitalismus am Limit“ Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven, oekom verlag, 2024

Brand, Ulrich / Wissen, Markus, „Imperale Lebensweise“ - Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“, oekom verlag, 3. Auflage 2017

Foster, John Bellamy, „Marx' Ökologie“ Materialismus und Natur, edition assemblage, 1. Auflage 2024

Papst Franziskus „Ansprache vor den Teilnehmern am Welttreffen der sozialen Bewegungen“, Rom, 28. Oktober 2014, Anhang: Dokumente in Franz Segbers / Simon Wiesgickl (Hrsg.), 'Diese Wirtschaft tötet' Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus. VSA-Verlag - in Kooperation mit Publik-Forum, 2015

Jackson, Tim, „Wohlstand ohne Wachstum“ Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, Das Update, oekom verlag, 2017

Kern, Bruno, „Industrielle Abrüstung jetzt!“ Abschied von der Technik-Illusion, Metropolis-Verlag, 2024

Neupert-Doppler, Alexander, „Ökosozialismus“ Eine Einführung, mandelbaum kritik & utopie, 2022

Saito, Kohei, „Systemsturz“ Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, dtv, 2. Auflage 2023

Sarkar, Saral, „Was ist Ökosozialismus?“, Metropolis-Verlag, 2024

Schäfers, Michael, „Wie Papst Franziskus Politik macht“ Zur Sozialenzyklika „Laudato si“, KETTELER-Verlag, 2017
(Papst Franziskus, „Laudato si“ Die Umwelt-Enzyklika des Papstes, Herder, 2015)

Sozialismus.de, Heft 6-2018 / Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, SOST e.V.

Spear, Jess in „Ökosozialismus“, Neuer ISP Verlag, Mai 2023,
John Bellamy Foster / Michael Löwy / Jess Spear / Daniel Tanuro /
Christian Zeller

Tanuro, Daniel, „Klimakrise und Kapitalismus“, Neuer ISP Verlag, Juni 2022

Tanuro, Daniel, „Was ist Ökosozialismus?“, SoZ Nr. 07/2015
(„Was ist Ökosozialismus?“, sozialismus.ch, 14. Juli 2015 / „Was ist Ökosozialismus? Was der soziale Kampf mit dem Kampf gegen den Klimawandel zu tun hat“, sozialismus.ch, 29. März 2019)

Tanuro, Daniel, „Am Rande des Abgrunds - und das Szenario, das der Weltklimarat nicht modelliert hat“, die internationale Nr. 5/2021

Zeller, Christian in „Ökosozialismus“, Neuer ISP Verlag, Mai 2023,
John Bellamy Foster / Michael Löwy / Jess Spear / Daniel Tanuro /
Christian Zeller

Helmut Gelhardt
Mitglied der Projektgruppe „Kapitalismus verstehen und überwinden“ der
KAB Deutschlands

Sprecher 'Gerechter Welthandel' der KAB DV Trier

19. November 2024

***... der Zwang zum Wachstum macht das Wachstum zum Selbstzweck.
Deshalb kann der Kapitalismus sich nicht auf die Bedürfnisse der
Menschen hin orientieren, wie sie die Menschen von sich aus formulieren.
Weil sein unpersönliches Subjekt die Dynamik des Kapitals und seines
Verwertungszusammenhangs ist, muß er die Bedürfnisse der Menschen
nach den Bedürfnissen der Kapital-Expansion bestimmen und formen und
kann darin „seiner Natur nach nicht zur Ruhe kommen“.***

P.M. Sweezy - 1972

zitiert in

***„Die kapitalistische Revolution“, von Helmut Gollwitzer,
TVT Medienverlag, 1998 - Seite 56***